

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Fernpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postkontokonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 008.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Plagvorchrift 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Bestimmung 6.— Mk. jedes Laufend, bei Teilaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Notverfassung beschlossen.

Parteitagfragen.

I.

Der außerordentliche Parteitag, dessen Termin noch nicht feststeht, den wir aber wohl zu Ende Februar oder Anfang März erwarten dürfen, soll offenbar nur von kurzer Dauer sein. Eine längere Tagung wäre ja auch in dieser bewegten Zeit, in der alle Kräfte zur Bewältigung der nächsten Aufgaben angespannt werden müssen, nicht angebracht.

Daraus ergibt sich, daß der Parteitag mit seiner knappen Zeit sehr haushälterisch sein muß, wenn er auch nur die kurze Tagesordnung, die ihn bei der ersten Einberufung zum Februar vorgeschlagen wurde, gut und gründlich erledigen will. Nachdem er die Rechenschaftsberichte der Zeitung entgegengenommen hat, sollte er noch über Programm, Taktik, Einigkeit des Proletariats und die Organisation befinden. Ob die Zeitung zu diesen Materien Vorschläge machen wird, ist noch nicht bestimmt. Es wäre erwünscht, daß sie in diesem Falle wenigstens ihre Resolutionen oder Anträge alsbald bekanntgibt, damit den Mitgliedern der Partei noch halbwegs möglich ist, sie vor der Wahl der Delegierten zu prüfen und diesen einen Anhalt über ihre Stellung dazu zu geben.

Was das Programm anbetrifft, so ist allerdings klar, daß das Referat des Genossen Haase über Anregungen nicht hinandergeschoben kann, daß schon wegen der beschränkten Zeit eine gründliche Aussprache über die Neugestaltung des Parteiprogramms nicht möglich ist, noch viel weniger aber Beschlüsse auf Abänderung gefaßt werden können. Es könnte nur eine überhäufte Fülle herauskommen, die bei einem so wichtigen Gegenstand unbedingt von Nutzen wäre. Dieser Parteitag wird nicht mehr im Innern, als eine Kommission für die Revision des Programms einzusetzen. Es fragt sich schon, ob er imstande sein wird, dieser Körperschaft noch die eine oder andre Richtlinie für ihre Arbeit zu geben. Wir würden es für das Beste halten, wenn er auf alle überreife Gelegenheitsarbeit verzichtete würde.

Anderes steht es mit der Aufstellung eines Aktionsprogramms. Diese Frage ist durch die Richtlinien des Genossen Kautsky aufgeworfen und muß beantwortet werden. Auch der Entwurf, den Genosse Hilferding in der letzten Sonntagnummer der Freiheit veröffentlicht, wird dabei zu erörtern sein. Aber dieses Thema fällt mit dem der Taktik und der Einigungsbefrebungen zusammen und ist in Verbindung mit ihnen zu behandeln.

Kurz wird hoffentlich die Beratung über die Organisation der Partei sein. Wir wollen nicht wieder in die Anbetung des Organisationsfetters verfallen, wie sie in der alten Partei vor dem Arlege üblich war. Wir wollen mehr Wert darauf legen, daß die Initiative der Massen der Arbeiterschaft fest und lebendig erhalten werde, denn wieder in den Glauben verfallen, daß eine aufseiner Seite und in allen Einzelheiten ausgebaute Organisation die gesunde Lebenskraft und das Wachstum unserer Partei verbleiben könne. Es kommt weniger auf die äußeren Formen an, in denen sich die Parteiarbeit vollzieht, als auf den Inhalt dieser selbst. Selbstverständlich können wir nicht auf jede Organisation verzichten; sie muß das Tragegerüst der politischen Arbeit der Genossen sein. Aber vor ihrer Ueberhöhung sollen wir uns hüten, sie soll uns nicht zum Selbstzweck werden — das Formular, die Akten und das Mitgliederbuch dürfen nicht zum Hauptinhalt unserer Parteibewegung werden, der Geist darf nicht vom Papier erstickt werden.

Wir meinen, daß das Provisorium von Organisation, das Usterr 1917 in Götting geschaffen wurde, vorläufig den Bedürfnissen der Partei noch genügt, daß jetzt jedenfalls nicht die Zeit ist, eingehend über seine Verbesserung zu beraten. Wenn die Praktiker der Organisation leicht und schnell zu verwirklichende Verbesserungsansätze zu machen haben, die sie aus der Praxis der verflochtenen Zeit gefolgert, so ist allenfalls gegen ihre Beratung nichts einzuwenden. Darüber hinaus aber soll man jetzt nicht gehen und sich damit begnügen, die bisherigen Erfahrungen über die Arbeit im Rahmen der bisherigen Organisation auszuwerten und daraus Anregungen für die Weiterarbeit zu entnehmen. Die Veränderung der Wahlkreiseinteilung, der Fortfall der bisherigen Reichstagswahlkreise gibt unsred Erachtens noch keinen Anlaß, die Grundlagen der Organisation zu ändern — es ist ja noch nicht bestimmt, ob die neuen Verhältniswahlkreise von Tauer sein werden. Als Rahmen der unteren Einheit der Parteiorganisation wären sie ohnehin zu groß. Es könnte sich nur fragen, ob nun nicht die Organisationen räumlich sehr ausgedehnter Wahlkreise geteilt, ob andererseits nicht bisher getrennte Organisationen in einem Ort zusammengelegt werden können. Dagegen ist unsred Erachtens nichts einzuwenden. Aber es ist auch wohl kaum etwas verloren, wenn diese Maßnahmen wegen dringlicherer Aufgaben zurückgestellt werden.

Die Hauptarbeit des Parteitags würde sich dann auf die beiden Punkte Taktik und Einigkeit des Proletariats konzentrieren und die gründliche Erörterung dieser beiden eng zusammengehörenden Punkte ist sicherlich das dringendste Bedürfnis. Um hier zur höchst notwendigen Klarheit zu kommen, ist der Ruf nach dem Parteitag überhaupt erst laut geworden. Für die Zukunft der Partei, der Arbeiterbewegung, der Revolution hängt sehr viel, alles vielleicht, von den Beschlüssen ab, die der Parteitag bei der Beratung dieser beiden Punkte fassen wird. Hier sind die Vorschläge Kautskys und Hilferdings einzureihen.

Die letzten Wochen haben bereits in zwei großen Zentren der Unabhängigen Sozialdemokratie, in Berlin und Leipzig, eine Abfrage an die Taktik gebracht, die der Spartakusbund propagiert und propagiert. Es ist das der einzige Weg zum Ausstieg der Partei. Aber es fehlt noch manches, bis diese Erkenntnis in der gesamten Partei zum siegreichen Durchbruch kommt. Dazu muß es der Parteitag bringen. Er muß volle Klarheit schaffen zwischen uns und Spartakus. Wenn die Bluttat der Ebert und Genossen unsere Berliner Mitgliedschaft eine Zeitlang zu einer Parallellage mit den Kommunisten führte, so darf deshalb nicht der Unterschied zwischen der Taktik unserer Partei und der Spartakisten verwischt werden.

In revolutionären Zeiten kann in Momenten höchst gesteigert Spannung, wenn der Kampf sich zur Entscheidung zuspitzt, eine Aufhebung der demokratischen Garantien angebracht, ja notwendig sein als vorübergehende Kampfmaßregel. Wir dürfen aber nie die Erkenntnis verwischen lassen, daß es sich in solchen Fällen immer nur um kurzfristige Ausnahmemaßregeln handeln darf. Wir dürfen nicht den alten blamabwürdigen Wahn wieder aufzuwecken lassen — der gerade von der marxistischen Sozialdemokratie überwunden sein sollte, der freilich durch seine Bequemlichkeit und Einfachheit immer wieder im Proletariat Anhänger findet — daß die Gewalt auf die Dauer eine bleibende, feste Ordnung aufzurichten vermöchte, daß man ein Volk oder genauer gesagt das Proletariat wider seinen Willen diktatorisch machen kann. Die Diktatur des Proletariats ist möglich auch gegen eine kleine bürgerliche Mehrheit, wie sie die Nationalratswahlen gebracht haben, und bietet auch Ausichten, diese bürgerliche Mehrheit schließlich in eine Minderheit zu verwandeln, da die Interessen eines großen Teils der bürgerlichen Wähler — ihnen vorerst noch unbewußt — proletarische Interessen sind, die durch die Diktatur des Proletariats wirkungsvoll verfochten werden. Wenn die Sachlage so stünde, so würden wir uns sicherlich nicht bedenken, die Gebote der formalen bürgerlichen Demokratie zu verletzen und der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung durch eine kurze Episode der Diktatur, für die uns die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeiterklasse und ihre die der Bourgeoisie überwiegende politische Tatkraft die Mittel gäbe, einen entscheidenden Stoß nach vorwärts zur sozialistischen Ordnung zu geben. So aber haben die Dinge bisher in der deutschen Revolution noch nie gelegen, so werden sie auch noch nicht in kurzer Frist liegen, wie die Nationalversammlungswahlen leider eben bewiesen haben. Der größere Teil des Proletariats, darüber lassen die Zahlen der Wahlergebnisse keinen Zweifel, soviel bürgerliche und halbbürgerliche Wähler man auch den Rechtssozialisten anrechnen darf, steht noch im Lager der Scheidemänner, ist noch nicht reif für die entscheidende, unumkehrbare Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie, folgt unserm Kampfrufe noch nicht. Deshalb war die Befehung der bürgerlichen Blätter und des Vorwärts in Berlin durch die Revolutionäre eine falsche Taktik. Wenn die Umstände zum revolutionären Gewaltkampf gebrängt haben, so kann man solche Befehung und Inthronisierung feindlicher Organe als eine Kriegsmaßregel von beschränkter Dauer, als eine Maßnahme zur Schwächung des Gegners gelten lassen. Das aber eine dauernde Aufhebung der Pressefreiheit sich weder mit den Grundgesetzen der Sozialdemokratie noch mit ihrer Erkenntnis der politischen Triebkräfte verträgt, daß zudem die an uns selbst erlebte Praxis und die Unwirksamkeit bloßer Gewaltmaßnahmen, ja ihre direkt ins Gegenteil des Gewollten umschlagende Wirkung stundtägig lehrt, darüber braucht wohl nichts weiter gesagt zu werden. Wenn das gesamte Berliner Proletariat einig und entschlossen gewesen wäre, die Regierung Ebert zu stürzen, so wäre die vom Spartakusbund angewandte Taktik berechtigt gewesen, sofern erwartet werden dürfte, daß das von Berlin gegebene Beispiel auf das Reich fortwirkend, mitreißend gewirkt hätte. Aber schon die erste Voraussetzung fehlte, von der zweiten gar nicht zu reden, und unter diesen Umständen konnte das Vorgehen der Spartakisten nicht über einen wirkungslosen, aber uferlosen Putsch hinauswachsen. Vor dieser bitteren Erkenntnis dürfen wir die Augen nicht verschließen, so sehr wir uns auch in unserem Herzen mit den Opfern des Blutbads einsüßten, so heiß auch in uns die Empörung über die Blutpolitik der Ebertregierung ist, soviel lieber wir in diesem Falle auch auf der Seite

der Besiegten als der Sieger sind und so selbstverständlich es war, daß unsere Berliner Genossen in der durch die Abschmung ihrer Vermittlungsvorschläge von den Ebertleuten geschaffenen Zwangslage sich auf die Seite der kämpfenden Revolutionäre gegen die Gegenrevolutionäre stellen mußten. Soviel man auch von der ausstretenden Wirkung dieses Kampfes auf das Proletariat halten mag — der Ausfall der Nationalversammlungswahlen in Berlin zeigt freilich noch nicht viel davon —, so sinkt die Schale der Waage doch nach der andern Seite, wenn man das Ergebnis dieser Aktion betrachtet. Sie hat eine Schwächung der revolutionären Streitkräfte bewirkt, indem ein vereinigtes Korps vorzeitig in einer ausichtslosen Unternehmung aufgerieben wurde. Die Sache des revolutionären Proletariats blühte zweifellos heute besser, wenn es bei dem geblieben wäre, was der Plan unserer Berliner Parteigenossen war, bei einer Massendemonstration gegen die Befehung des Polizeipräsidenten Glöckner. Sie hätte diese Befehung vermutlich nicht rückgängig machen können, aber sie hätte die Empörung der linkssozialistischen Berliner Arbeiter dem Proletariat im Reich greifbar vor Augen geführt, und hätte damit jene politische Wirkung ausgelöst, die unter den zur Zeit bestehenden Macht- und Parteiverhältnissen erreicht werden konnte.

Restauration.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar stehen im Zeichen der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse, der Restauration. Das kapitalistische Bürgertum hat es eilig. Es will schnell wieder die alten Zustände gesichert sehen, die erst kürzlich beseitigten Privilegien der bestehenden Klassen sollen schnelligst neu befestigt, das Proletariat wieder in die alte Helotenstellung zurückgedrängt werden.

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat bisher versäumt, die in den Novembertagen errungene politische Macht dauernd zu verankern; die Bourgeoisie will nicht in demselben Fehler verfallen; sie befragt jetzt eifrig unter dem Deckmantel der Demokratie ihre eigenen Geschäfte, und die Rechtssozialisten leisten ihr ebenso eifrig dabei Helfersdienste.

Am Montag ist die provisorische Reichsverfassung von der Nationalversammlung angenommen worden. Nichts enthält sie von den durch die Revolution geschaffenen neuen sozialen und politischen Tatsachen, kein Wort ist darin enthalten, daß das Proletariat der Träger der Revolution ist, keine Silbe steht darin von den Arbeitern und Soldatenräten, den revolutionären Vertretungen des Proletariats. Die Arbeiterklasse wird ausgeschaltet, die alten Prinzipien der Autorität der Obrigkeit, des Untertanenverhältnisses werden in neuen Worten verkleidungen wiederhergestellt.

Verfolgt man die Vorgänge in Weimar, so gewinnt man den Eindruck, als wenn der alte Reichstagsblock, unangenehm berührt durch die Ereignisse des November 1918, wieder aufstanden ist und keinen andern Gedanken fassen kann, als sein früheres Geschäft wieder forzuführen.

Und dieser Eindruck entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Nationalversammlung ist nichts weiter als eine Fortsetzung des alten Reichstags, dessen man nur mit einem Fluch gedenken kann. Genau so wie dort wird jetzt in Weimar hinter den Kulissen von den reaktionären Parteien und den Rechtssozialisten geschachtelt und geschoben; vor der Öffentlichkeit aber wird eine Komödie aufgeführt, als ob sich in unsern politischen Verhältnissen wunder welche Wandlungen vollzogen haben.

Damit in diesem Bilde auch nichts fehlte, soll Herr David seinen Präsidentenstuhl wieder räumen und ihn Herrn Fehrenbach vom Zentrum überlassen. Nicht etwa, als ob Herr David ein leuchtender Stern am Himmel des neuen Deutschlands ist; es könnte im Gegenteil gar keinen bessern Vertreter der kaisertreuen und kriegsbegeisterten Sozialdemokratie geben als gerade ihn. Aber in Herrn Fehrenbach verkörpert sich ganz besonders deutlich das alte Herrschaftswesen und die Ansprüche der Gegenrevolution. Seine Partei hat den Wahlkampf im ersten Bunde mit den Konservativen geführt; das Zentrum fordert ganz offen die Wiederherstellung der alten Gewalten, die Wiedereinführung der Monarchie. Herr Fehrenbach war es, der im November 1918 durch die Wiedereinberufung des Reichstags der Revolution damals schon das Genid abdrehen wollte.

In diesen Rahmen paßt der Beschluß der Nationalversammlung, die Geheimdiplomatie nicht abzuschaffen. Dazu paßt weiter die Ankündigung, daß ein neues stehendes Heer von 250 000 Mann geschaffen werden solle. Dazu paßt schließlich auch die Ausrüstung Blumroskes, das mit den Soldatenräten aufzuräumen

werden müsse, daß an deren Stellen Vertrauenspersonen treten sollen, daß aber das Beschwerderecht des „gemeinen Mannes“ gesichert sein würde. Die Kommandogewalt also dem Bourgeoisbüchsen im Offiziersstab, dem „gemeinen Mann“ dagegen das Beschwerderecht.

Kann es wunder nehmen, daß selbst die reaktionären Parteien dieser provisorischen Reichsverfassung zugestimmt haben? Nur die Unabhängige Sozialdemokratie hat ihre Pflicht erfüllt, als sie in der Debatte und in der Abstimmung für die Rechte des revolutionären Proletariats eintrat. In innigem Verein mit den Vertretern des kapitalistischen Bürgertums dagegen haben die Rechtssozialisten dafür gesorgt, daß der Gegenrevolution die „geheimtätige“ Grundlage gegeben werde.

Das kapitalistische Bürgertum kann also mit seiner Nationalversammlung zufrieden sein. Nicht zufrieden mit dieser Nationalversammlung aber ist das Proletariat. Es erkennt mit jedem Tage deutlicher, daß die Tagung von Weimar nicht eine Neugeburt Deutschlands bringen wird, sondern daß sie die Wiederkehr der alten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse durchsetzen will. Die Nationalversammlung ist kein Instrument der Revolution, sondern sie dient dem Zweck, dem Proletariat das Wenige, was ihm die Revolution gebracht hat, wieder zu rauben.

Restaurational! Restaurational! Das ist der faulige Nebel, der von der Nationalversammlung ausgeht. Ordnung, Geheimgerechtigkeit, Ruhe soll sie schaffen, danach verlangt das kapitalistische Bürgertum und seine rechtssozialistischen Helfer. Sie meinen damit die erneute Herstellung der Klassenherrschaft, die dauernde Entrechtung der Besitzlosen durch die Besitzenden.

Revolution, Revolution! Um so lauter muß dieser Ruf vom gesamten Proletariat ausgehoben werden. Die Arbeiter verlangen, daß das, wofür sie gekämpft und gelitten haben, nunmehr verwirklicht wird. Nicht die Wiederherstellung des alten Klassenstaates, sondern die Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens.

Und je unverhüllter das Ziel der Nationalversammlung dahin gerichtet ist, das alte Herrschaftsverhältnis des Proletariats neu zu befestigen, um so lauter muß die Arbeiterschaft ihren Willen bekunden: daß es nicht eher „Ruhe“ und „Geheimgerechtigkeit“ geben kann, bis ihr Ziel, die Beseitigung der Klassenherrschaft des Kapitals, erreicht ist!

Nationalversammlung.

Weimar, 10. Februar. (W. Z. B.) Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. Auf Bitten einiger Mitglieder des Hauses verliest er eine Mitteilung, in der diese, die erst heute um 11 Uhr vormittags Leipzig verlassen haben, erklären, daß die Gerichte, die über einen

Aufruhr in Leipzig verbreitet sind, und gar nicht sind. Es streifen in Leipzig nur Schulleute und Gemeindevorsteher. Sodann werden einige weitere Kundgebungen und Briefe verlesen.

Auf der Tagesordnung steht sodann die zweite und eventuell dritte Beratung des provisorischen Verfassungsentwurfs. Zur zweiten Beratung ist eine Reihe von Anträgen der Deutsch-nationalen Volkspartei und der unabhängigen Sozialdemokraten eingebracht, deren Drucklegung noch nicht erfolgt ist und die deshalb verlesen werden.

Der bayrische Gesandte Dr. von Prager erklärt im Auftrage der Regierungen Bayerns, Württembergs und Badens, daß diese Regierungen von der Vorandsetzung ausgehen, daß durch die Annahme des Gesetzentwurfs Entscheidungen über die Reservatrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweggenommen werden würden.

Volkbeauftragter Ebert führt aus, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimme.

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei erklärt Abge. Poebbe die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion von der Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Gesetzes durchdrungen sei. Aus diesen Gründen habe sie sich auch entschlossen, ihre erheblichen Bedenken gegen die in den §§ 2 und 4. Abs. 2 enthaltenen Bestimmungen zurückzustellen. Nur unter dem Zwang der Verhältnisse und um den Wiederaufbau des Reiches nicht schwer zu gefährden, hätte sich die Fraktion dazu verhalten, in eine Einschränkung des Grundgesetzes, das die Nationalversammlung allein souverän sei, zu willigen. Für die endgültige Verfassung behalte sich die Fraktion volle Freiheit der Entscheidung vor.

Im Namen der Deutschen Demokratischen Partei erklärt Abge. v. Payer u. a.: Meine Freunde erkennen die Notwendigkeit an, eine Verfassung zu schaffen, ebenso, daß sie sofort in Wirksamkeit treten und darum nur das Notwendigste enthalten soll. Erst bei Beratung der endgültigen Verfassung werden wir an die Prüfung der Frage herantreten können, wie zum Teile des Ganzen die übertragenden Forderungen der Reichseinheit mit der Rücksicht auf das historisch Gewordene und die Eigenart der deutschen Stämme am besten vereinigt werden können. Unzweifelhaft ist, daß Verständigung und ehrlicher Wille, die uns zum vorläufigen Entwurf, der nicht leicht zustande gekommen ist, verholfen haben, und auch eine endgültige Verfassung schaffen werden. Unser Volk, das sich aus der Gegenwart durch Verwirklichung von Zukunftshoffnungen erlösen will, und der Feind, der uns den Frieden grundlos und grausam vorenthält, sie sollen uns trotz der gewaltigen Parteilagen der letzten Wochen und Monate, bei diesem ersten Schritt einig und entschlossen finden. (Lebhafte Beifall.) Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit, soll und von guter Vorbedeutung sein. Meine Freunde werden geschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen.

Abg. Heim (bahr. Volkspartei) erklärte im Namen seiner Freunde, daß diese die schwersten Bedenken gegen den vorläufigen Entwurf hätten. Sie legen noch wie vor die Hoffnung, daß es bei der Schaffung der zukünftigen Verfassung gelingen werde, durch Mitarbeit ihrer Partei den berechtigten Wünschen ihres engeren Heimatlandes Geltung zu verschaffen.

Dr. v. Delbrück (Deutsch-nat. Ept.) erklärte, daß bei seinen politischen Freunden gegen die Vorlage die schwersten Bedenken beständen. Da aber ihr vorläufiger Charakter anerkannt sei, werde seine Partei, nicht ohne schwere Gewissensbedenken, das Opfer bringen und für die Vorlage stimmen.

Abg. Dr. Heine erklärt im Namen der Deutschen Volkspartei, daß trotz erheblicher Bedenken seine Freunde für den Entwurf stimmen würden.

Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Abg. Cohn-Nordhausen (Unabh.): In der jetzigen Phase der revolutionären Entwicklung muß Umschau und Umschau gehalten werden. Nur um eine Atempause kann es sich handeln, denn wir stehen noch lange nicht am Ende der Revolution. Niemand von uns weiß, ob und wann diesem provisorischen Verfassungsentwurf der definitive folgen wird. Auch der Volksbeauftragte Ebert sprach davon, daß das deutsche Volk, sobald kein Selbstbestimmungsrecht gesichert ist, auf den Weg der Selbstbestimmung zurückkehrt. Dieses „Sobald“ ist im Sinne dieser seiner Ausführungen eben sehr verhängnisvoll. Auch Herr Ebert scheint zu fühlen, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Herr Staatssekretär Dr. Preuß hat leiserseits den Entwurf als nicht vollständig bezeichnet. Bei allem Verständnis und bei aller Rücksicht für die Gründe dieser Unfertigkeit kann man

doch auch vom Standpunkt der Demokraten verlangen, daß der Entwurf wenigstens die Richtung der Entwicklung der deutschen Revolution klarer und klarer betonen würde (Sehr richtig! b. d. Unabh.). In dieser Beziehung bereitet der Entwurf eine harte Enttäuschung. Herr Ebert meint, wir haben die freie Volkrepublik und die Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Auch Dr. Preuß hat ähnliche Ausdrücke gebraucht. Vergessen aber nicht man sich in dem ganzen Entwurf nach dem Wort Republik um. Es liegt auch hier ein Kompromiß vor. (Mute: Kreislaut!)

Nebenfalls tritt auch hier ein Reichen der Moskofel der Politik der gegenwärtigen Reichsregierung auf. Man scheint sich zu der deutschen sozialistischen Republik nicht mehr bekennen zu wollen.

Die Geschichte wird über die deutsche Republik nicht nach Worten, sondern danach urteilen, ob sich das deutsche Volk seiner Souveränität wirklich bewußt hat. Das Gesetz muß darum in Aufbau, Inhalt und Ausdruck unwiderrlich die Tatsache feststellen, daß wir mit der alten Staatsform des Deutschen Reiches nicht mehr zu tun haben. Diesen Zweck verfolgen unsere Anträge. Den Staatenscheidungen sehen wir nicht als einen Fortschritt des Verfassungswerkes, sondern als ein Hindernis für die zukünftige Entwicklung der deutschen Einheitsrepublik an, und wir wollen deshalb den Paragraph 2 befechtigen. Es kann sich jetzt nur um die Schaffung der einheitlichen Republik Deutschland handeln. Der freien selbständigen Entwicklung in kulturellen Fragen wird damit kein Hindernis bereitet. Jeder deutsche Freistaat soll eine Stimme haben. Wer aber diese Stimme ab? Wer instruiert sie? Mindestens ebenso schwer, wenn nicht noch schwerere Bedenken bestehen für und gegen die Bestimmungen über den Reichspräsidenten. Auch hier ist der Hauptvorwurf zu erheben.

das Neben am Alten und Veralteten.

(Sehr wahr! b. d. Unabh.) Ich bin überzeugt, dieser Entwurf rührt nicht her von einem der neuen Herren, die durch die neue Entwicklung an die Spitze gebracht sind, sondern von irrenden Herren der braunen Herren aus dem früheren Reichsamt des Innern. Wir haben von der Monarchie ein für allemal genug. Wir stehen es vor, an die Spitze der deutschen Republik ein Kollegium von gleichberechtigten Männern zu setzen, also ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium, etwa nach dem Muster der Schweiz. Es ist heute mit so außerordentlicher Abhängigkeit wiederholt das Provisorium dieses Verfassungsentwurfes betont worden. Dabei ist recht verstanden, daß man insbesondere auch die präsidiale Spitze, den Präsidenten, als Provisorium aufstellt? Sind vielleicht schon Kräfte am Werk, die dem deutschen Freistaat

eine monarchische Spitze

geben wollen? (Sehr laut! b. d. Unabh.) Auch das wäre ja nur eine Anknüpfung an die Vergangenheit. Wir wünschen nicht, daß einmal die Geschichte von einem Friedrich dem Ersten oder Gustav dem Unüberwindlichen spricht. Deshalb sollte unseres Erachtens erwogen werden, ob nicht überhaupt das Amt des Reichspräsidenten überflüssig ist, ob nicht überhaupt die höchste Vertretung des deutschen Freistaates dem Ministerpräsidenten allein oder dem Gesamtministerium überlassen werden könnte. Weiter wollen unsere Anträge die Möglichkeit schaffen, daß außerhalb der Nationalversammlung ein Kontrollorgan vorhanden ist, das bei verhängnisvollen Beschlüssen einzutreten die Pflicht hat. (Unruhe.) Bei der Verlesung dieser Anträge ist gelacht worden. (Sehr richtig!) Es besteht aber das Bedürfnis nach

Aufrechterhaltung der revolutionären Organe.

(Zuruf richtig! Rein!) In diesem „Rein“ werden diese Organe nicht. (Sehr richtig! b. d. Unabh.) Die Revolution ist ein andauerndes Fest. Wenn Sie den Spund der Geheimgerechtigkeit zu tief in das nationale Fest hineintreiben, so könnte eines Tages eine Entladung erfolgen, die Ihnen nicht angenehm ist. Daher wollen wir, daß auch der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte legalisiert wird. Wir wollen dem Zentralrat das Recht geben, bei verhängnisvollen Beschlüssen der Nationalversammlung innerhalb zweier Wochen an das Volk zu appellieren. In dieser Begrenzung auf zwei Wochen liegt der alleinige kontrollierende Charakter dieser Bestimmung. (Zuruf: Der Zentralrat ist ja juristisch!) Dann werden sich die Arbeiter- und Soldatenräte ein neues Organ schaffen. Die frühere Macht stütze sich auf Polizei und Militär. Wäre ein solches Geschick und bevor bewahren, daß auch die neue Regierung in diesen alten Fehler verfallt und deshalb ebenso kläglich Schiffbruch erleiden müßte. (Unruhe! b. d. Unabh.)

Abg. Gröber (Zentr.): Wir sind im Augenblick das Wichtigste, den Übergang vom revolutionären Zustand zur Ordnung möglichst zu beschleunigen. Alle anderen Bedenken müssen zurückgestellt werden. Die meisten Mitglieder der Zentrumsparlei werden für die Vorlage stimmen. Die Partei betrachtet die Annahme des Entwurfs als notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot.

Damit schließt die Besprechung des § 1.

§ 1 wird sodann gegen die Stimmen der U. Soz. und einer Minderheit des Zentrums angenommen.

Zu § 2, der im Vorlesung unverändert angenommen wird, wird ein Antrag Payer-Poebbe-Abolow-Dr. Meier angenommen: Der Staatsauschuss wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer durch allgemeine, direkte, geheime Wahlen hervorgerufenen Volksvertretung beruhen. Bis 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

Nach Ablehnung eines Antrages der U. Soz. wurde auch § 3 unverändert angenommen.

Zu § 4 wird ein Antrag der U. Soz., daß dem

Zentralrat der Soldatenräte

ein Einspruch gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zu stehen soll, abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag, der dem Zentralrat das Recht geben will, unter Umständen eine Volkssammlung herbeizuführen. § 4 wird angenommen.

Zu § 5 wird ein Antrag der Unabhängigen angenommen, im Übrigen bleibt § 5 unverändert.

§ 6 wird, nachdem Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau erklärt hatte: „Ich kann vom Standpunkt meines Reichstages erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Geheimverträge abzuschließen“, unter Billigung der Anträge der U. Sozialisten unverändert angenommen, ebenso die §§ 7, 8 und 9, wobei in § 7 der Ausdruck „Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt“ durch „absolute Stimmenmehrheit“ ersetzt wird.

In § 10 wird ein Antrag Payer-Gröber hinzugefügt: „Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Gesetze und Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages bedürften, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.“

Auch Einleitung und Ueberschrift werden unverändert angenommen. Sodann wurde sofort in die dritte Beratung einbezogen.

Das Haus gab seine Zustimmung dazu, daß die Künftigkeit des Gesetzes festzustellen, Aufgabe des Präsidenten der Nationalversammlung sei.

Damit schließt die Besprechung des § 6. Volkbeauftragter Landberg: Ich stelle fest. Die Reichsleitung steht auf dem Standpunkt, daß die Forderung der Geheimverträge nicht erfüllt sein müssen, aber wenn wir uns jetzt einseitig die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vor der Öffentlichkeit abzuschließen, so kann daraus der eine oder andere Staat, der uns nichtigste gegnigt ist, die Folgerung ziehen, daß er es ferner nicht nötig habe, die Geheimverträge abzuschließen. Wir würden also dadurch unser Ziel geradezu gefährden. Nach einer längeren

Auseinandersetzung mit den U. Soz.

erklärte Abg. Dr. Waldstein (Demokr.): Wir freuen uns des Beschlusses, daß Dr. Cohn zur Öffentlichkeit der Politik abgelegt

hat. Wir wollen hoffen, daß diese Öffentlichkeit auch im Verle

unter den Kräfte zu und vorzuziehenen Platz erhält.

Abg. Waldstein (Demokr.): Die überwältigende Mehrheit des Hauses ist darüber einig, daß die Geheimverträge beseitigt werden muß.

Darauf wurde die Aussprache geschlossen. Es blieb bei den Beschlüssen der zweiten Lesung.

In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf gegen die Stimmen der U. Soz. und weniger anderer Abgeordneten unter Beifall angenommen. Die Ermächtigung an den Präsidenten, das Gesetz zu unterzeichnen und es damit in Kraft zu setzen, wurde einstimmig erteilt.

Darauf erklärte Volkbeauftragter Scheidemann: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die geschichtliche Mission, die uns als vorläufiger Regierung aufgelassen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in Ihre Hände zurück. (Beifall.)

Abg. v. Payer schloß darauf vor, die Regierung zu erlösen, ihr Amt bis zur Wahl des Reichspräsidenten und zur Bildung des Reichsministeriums weiterzuführen, worauf Scheidemann erklärte: Wir sind bereit, diesem Wunsch nachzukommen.

Das Haus nahm den Vortrag des Abg. v. Payer einstimmig an.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr: Wahl des Reichspräsidenten.

Schluß nach 8 Uhr.

Für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen

Weimar, 10. Februar. Der Nationalversammlung ist folgender, von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen: Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Fortdauer von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Allierten sind ihrer Heimat zurückzugeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leibenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schnellstmöglich beendet wird. Die Nationalversammlung ruft die Neutralität und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die, Inhaftierung von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der Gefangenenschaft erwarten. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenzen den Gruß der Heimat an.

Die Spitzelwirtschaft der Ebert-Regierung.

Seit Freitag ist die „dunkle Affäre“ — so nannte sie schamig der Vorwärts, — die Affäre Richard Müller-Berlin, bekannt. Ein mysteriöser Bürger in Offiziersuniform versuchte bekanntlich den General Müller zu verhaften. Nach mehreren Winkeln gab er einen Hauptmann Dr. Gärtner vom Großen Generalstab als den, der ihm den Befehl dazu gegeben habe. Der Große Generalstab behauptet, den Dr. Gärtner nicht zu kennen. Er ist aber, wie die Freiheit feststellt, im Zimmer 124 des Großen Generalstabs als Haupt einer Spitzelorganisation, die sich Politisch-Parlamentarische Nachrichtenstelle der Regierung nennt; der Mann geht in der Reichsangelegenheit aus und ein; sein nächster Vorgesetzter ist ein Rittermeister v. Klar im Großen Generalstab, dem die „Abteilung Beratung“ unterstellt ist, die noch eine Reihe anderer Personen sehr interessant beschäftigt.

Die Reichsregierung hat zu diesen Tatsachen, die ein schändliches Spitzelsystem darstellen, bisher noch kein Erbdenbekenntnis der Erklärung gefunden. Das Generalkommando Vltwits und die Kommandantur Berlin haben erklärt, daß sie mit der Sache nichts zu tun haben. Die Regierung aber schwigt. Das Spitzelsystem, das sie zu ihrer Sicherung unterhält, scheint das Bild der Cessantität nicht verlassen zu können. Es soll uns wundern, wie lange die Verantwortlichen gebrauchen, bis sie ein paar beschönigende Nebenarten für diese an die Methoden des Zirkismus gemahnende Schand-Einrichtung gefunden haben.

Wiedergeburt des Militarismus.

Die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse wimmelt von Aufrufen zur Annäherung von Freiwilligen. Offenbar laufen die Vorbereitungen aber nicht zahlreich genug ein, denn wenn auch die Zulage von 5 Mk. pro Tag, dazu freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft manchen armen Teufel dazu verleiten mag, sich für die Wälder und Büsche des Postes zu lassen, so dürftig doch die Masse der Arbeiterschaft, was hinter diesen Vorruhen steht. Und Bourgeoisbüchsen, die nur als Gemeine dienen wollen, scheint es nicht genug zu geben. So greift der neue Militarismus wieder zu den Wehrhosen des alten.

Das Generalkommando des 8. Armee Korps, dessen Bereich sich früher über die Provinz Polen und Niederösterreich erstreckte, ist 1908 befohle an die Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1888 bis 1898 einzeln. Nichtsahnung nicht schwere Verstrafung nach den Kriegsgesetzen nach sich. Der Krieg soll also von neuem beginnen, formell zwar der Krieg gegen den Russchismus, in Wirklichkeit aber der Krieg gegen den „inneren Feind“, gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Wiederum soll das Proletariat als Kanonenfutter für die Bourgeoisie mißbraucht werden.

Wie erheben auf schärfste Protest gegen diese Wiederbelebung des Militarismus, wir fordern das Proletariat auf, diesen Gebotungsbefehlen keine Folge zu leisten!

Die Reaktion mobilisiert die Beamten.

Die Leitung des Deutschen Beamtenbunds hat an die Nationalversammlung in Weimar telegraphisch, bewaffnete Soldaten und Arbeiter beraubten dauernd Beamte der Freiheit, mißhandelt und tödelt sie und unterstellten sie unerbittlichem Terror. Wenn verdienstliche Freiheit, Gesundheit und Leben der Beamten weiter angetastet würden, seien die Beamten gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für das gesamte Wirtschaftsleben unschätzbare Folgen zeitigen könnten. Der Deutsche Beamtenbund erbitte dringend unverzüglich Abhilfe zur Sicherung der unbedingt notwendigen unerschütterten Weiterarbeit der Beamten.

Also statt Verständigung und armenisamen Vorschlägen mit der Arbeiterschaft ein Appell an die reaktionäre Mehrheit der Nationalversammlung. Hoffentlich ist die politische Einsicht bei den Mitgliedern des Beamtenbunds höher als bei dessen Leitung.

Die internationale Konferenz.

Bern, 8. Februar. Nathal Shannon (Irland) verlangt die Föhlung der irischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts. Müller (Deutschland) erklärte gegenüber dem Entwurf, daß die deutschen Kolonien immer stärker veraltet wurden, daß die deutsche Sozialdemokratie immer gegen die Mißstände in der Verwaltung der Kolonien und besonders auch gegen die schlechte Behandlung der Eingeborenen protestiert habe. Jetzt, da das alte Regime gestürzt ist, muß die deutsche Republik die Kolonien zurückhalten, damit sie wirtschaftlich erstarren kann.

Am Schluß erklärte Wistrak (Frankreich), daß niemand auf dem Kongreß das völlige Verschwinden der Türkei verlange, und daß auch die englischen Genossen die Türken in ihrem Verstoß nach Unabhängigkeit unterstützen. Sie unterstützen auch die Selbstverwaltungsbestrebungen in Indien und Ägypten. Somit habe niemand Grund zur Klage. Die Volksabstimmung werde auch in allen Ländern der ehemaligen habsburgischen Monarchie stattfinden müssen.

In der Nachmittagsung bringt im Auftrage der Kommission

Denderson eine Resolution über

internationale Arbeiterkämpfe

ein, in der es an den wichtigsten Stellen heißt, daß die kapitalistische Klasse durch Ausbeutung der Lohnarbeiter ihr Einkommen erhöhe

und die Kraft der Arbeiter damit schwäche. Dieses Streben des Kapitalismus könne durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion verhindert werden. Zudem müsse ein Ausgleich der Unterschiede des nationalen Arbeitertages durch ein internationales Gesetz gegeben werden. Der internationale Sozialistenkongress verlangt, daß die Gesellschaft der Nationen die Schaffung und Durchföhrung eines internationalen Arbeitertages zu ihrer Aufgabe macht. Der Kongress fordert unter anderem:

1. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendkinder im Alter von 15-18 Jahren dürfen nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Sonnabend vier Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist verboten. Einführung der Mutterschaftsversicherung ist mit einer Mindestentschädigung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes in allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu gewähren.
4. Die Arbeitszeit darf für Arbeiter 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr früh ist gesetzlich verboten. Für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstagnachmittag ist in allen Ländern anzustreben.
5. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 88 Stunden zu gewährleisten.
6. Zum Schutz der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsgefährlichen Betrieben je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.
7. Alle Gesetze und Anordnungen auf dem Gebiete des Arbeitertages sind sinngemäß auf die Seimarbeiter-Industrie anzuwenden. Der Arbeiter ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewährleisten.
8. Gesetze und Verordnungen (Gesetzordnung, Koalitionsrecht), die einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber andern bringen, oder ihnen das Recht der Koalition und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen usw. und das Arbeitsbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthalten, sind unzulässig und zu beseitigen.
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslose zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staats wegen gegen Verunsicherungen zu versichern. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig, der Erlaß gesetzlicher Einwanderungsverbote ebenso.

Die Konferenz wird unterbrochen. Für heute nacht ist eine Nachsitzung anberaumt, in der die Resolution über die territoriale Frage endgültig festgelegt werden soll.

Vern, 8. Februar. (W. Z. V.) In Fortsetzung der Debatte über die territorialen Fragen gab Ramsay MacDonald (England) namens der britischen Delegation eine Erklärung ab zu den Fragen, die England betreffen. Er sah die Fragen in drei Punkten zusammen: 1. Nationalitätenfragen (Irland, Kongo); 2. Kolonien, die sich nicht selbst verwalten können; 3. Befragung strategisch wichtiger Punkte durch England.

Die englische Arbeiterpartei habe stets für Demokratie gekämpft. Das Streben nach Selbstverwaltung in Indien habe die englische Arbeiterpartei immer gefördert. Von Ägypten gelte daselbst wie von Indien. In der Kolonialfrage stehe die englische Delegation auf demselben Standpunkt, wie die internationale Sozialistenkonferenz vom Februar 1918, die sich dafür ausgesprochen habe, daß auf jeden Fall in allen Kolonien wirtschaftliche Gleichberechtigung zu gelten habe. Bei den für England strategisch wichtigen Punkten sprach Meiner nur von Sypern, das ebenfalls Selbstverwaltung erhalten müsse, nachdem es sich überdies als nicht wertvoll für England erwiesen habe. Im übrigen hätte der Grundgedanke der allgemeinen Resolution der Konferenz über territoriale Fragen entsprechend Anwendung zu finden.

Rumyans (Belgien) stellt fest, daß zwischen Holland und Belgien keinerlei Konflikte beständen. Lediglich einige reaktionäre belgische Elemente verlangten Angleichung eines Teiles von Südniederländisch-Belgien und Holländisch-Flandern an Belgien. Die belgischen Genossen im Ministerium hätten jedoch schon erklärt, daß sie aus dem Ministerium austreten würden, wenn diese Pläne verwirklicht würden. Wenn Luxemburg sich an Belgien anschließen wolle, so sei es willkommen. Wollte es selbständig bleiben, so werde es niemand hindern.

Wolff (Dänemark) begründete eine Resolution, die Selbständigkeit Finnlands verlangt und Finnland das Recht an der Murmanküste nach vorheriger Volksabstimmung zugesetzt. Ueber die Zukunft der Kolonialinseln solle ebenfalls ein Plebiszit entscheiden, doch solle die Volksabstimmung, um möglichen nationalistischen Beeinflussungen vorzubeugen, erst nach mehreren Jahren erfolgen.

Grumbach (Elsass) erklärte sich als Anhänger der Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, betonte jedoch, daß die Volksabstimmung in Elsass-Lothringen selbst sich gegen ein Plebiszit wenden werde. Elsass-Lothringen halte die Frage bereits für entschieden, wie der Beschluß der elsässischen Gewerkschaften beweise, die am 14. Januar den Anschluß an die französischen Gewerkschaften beschlossen hätten, ohne den allgemeinen Frieden abzuwarten. Um jeden Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen, wünsche er, daß der Kongress selbst erkläre, die jetzt bewiesene Haltung der elsässischen Bevölkerung sei bereits das Plebiszit im Sinne einer Wiedergutmachung des Unrechts von 1871.

Vern, 9. Februar. (W. Z. V.) Die internationale Sozialistenkonferenz setzte in ihrer heutigen Morgen Sitzung die Besprechung über Arbeiterfragen fort, wobei nach der Bitte Duzmans um Zurückziehung der formalen Zusatzträge die Magna Charta einstimmig angenommen wurde.

Dupmans (Belgien) schlug schon die Einsetzung einer Kommission vor, bestehend aus Henderson, Branting, Duzmans und je zwei Delegierten aus allen Ländern, deren Aufgabe es sei, einen größtmöglichen Einfluß auf Paris auszuüben, die Ausschüsse der Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz zu ernennen und Vorbereitungen zu treffen für einen im Juli oder August 1919 stattfindenden internationalen Kongress.

Verweil (Frankreich) verlangte Abwechslung von der Methode, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Das Streben der Internationale müsse es bleiben, die Mittel der Produktion in die Hände der arbeitenden Massen zu bringen, wenn nötig sogar mit der Diktatur des Proletariats.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete Herrtral über die aus der Kommission über territoriale Fragen hervorgegangene Entschlossenheit Bericht, die nur die allgemeinen Grundsätze über die Regelung territorialer Fragen schließt und von der Verhandlung konkreter Einzelfragen absteht.

Grumbach (Elsass) hat die deutschen Mehrheitsdelegierten um Aufklärung über die von dem Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar, Dr. David, abgegebene Erklärung: Elsass-Lothringen ist für das Leben Deutschlands notwendig und wir werden nicht aufhören, für Elsass-Lothringen das Recht der Selbstbestimmung zu fordern.

Troelstra (Holland) ruft: Ist doch selbstverständlich. (Große Unruhe.)

Grumbach (fortfahrend): Die Erklärung Dr. Davids kann bedeuten, Elsass-Lothringen solle das Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Diese Fassung widerspricht der Haltung der deutschen Mehrheitsdelegierten auf der Berner Konferenz, aus der man den Schluß ziehen könnte, daß die elsass-lothringische Frage im moralischen Sinne gelöst sei, selbst wenn die Abstimmung aus der man den Schluß ziehen könnte, daß die elsass-lothringische dem Rahmen der internationalen Konflikte endgültig ausgeklammert werden sollte.

Müller (Deutschland) erklärte: Er könne nicht verstehen, was Dr. David wirklich gesagt habe, er verwies aber darauf, daß die Forderung elsässischer Politiker auf Zutritt zu der Nationalversammlung in Weimar bereits zweimal abgelehnt worden sei und daß nach seiner persönlichen Meinung diesem Verlangen unter keinen Umständen Rechnung getragen werden könne. Dr. David habe sich

dem ihm vorliegenden Text erklärt, Elsass-Lothringen gehöre bis zur Stunde noch zum Deutschen Reich, womit er nur sagen wolle, daß das Land heute bei de facto durch Gewalt der Waffen zu Frankreich gefallen sei, daß aber die endgültige Entscheidung erst auf der Friedenskonferenz falle. Das von Dr. David geforderte Recht der Selbstbestimmung für Elsass-Lothringen liege im politischen Interesse der deutschen und französischen Sozialisten, weil nur dadurch eine deutsche Revanchebestimmung verhindert werden könne, wie sie in Frankreich von 1871 bis 1914 geherrscht habe.

Rautsky (Frankreich) erklärte, daß es sich bei der Rede Dr. Davids um eine unrichtige Provokation handelte, die von den Unabhängigen um so mehr bedauert werde, als Dr. David während des ganzen Krieges die schlimmsten Angriffe gegen die Entente-Mächte gerichtet habe und heute zum Präsidenten der Nationalversammlung ernannt worden sei. Daraus gehe hervor, daß die Wahl Dr. Davids sehr unpolitisch sei.

Menauzel (Frankreich) bemerkte: Lediglich diese Erklärung Rautskys kann und soll bedauern.

Porrober (Dänemark) erklärte, die deutsche und dänische Delegation hätte sich in Weimern eine früher eingebrachte Resolution dahin geeinigt, daß die Abstimmung in Weimern bereits erfolgen könne, wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dies verlange. Die aus Weimern vorliegenden Petitionen seien bereits genügend, um die Abstimmung durchzuführen.

Menauzel lenkte die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien.

Nachdem hierauf alle Antragsträge zu der Resolution über die territorialen Fragen zur Abstimmung waren, wurde die Entschlossenheit einstimmig angenommen. Alle übrigen Anträge gehen zur Weiterberatung an die permanente Kommission der Konferenz.

Wels (Deutschland) erbat die Unterzeichnung des Kongresses für schnelle Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Eidner (Deutschland) brachte eine von ihm und Menauzel unterzeichnete Resolution zur Kriegsgefangenenfrage ein, die eine Verbesserung der Lage in den Lagern und den sofortigen Heimtransport der Kranken und verwundeten Gefangenen forderte und sich gegen den Abmarsch der Kriegsgefangenen wandte. Eidner sprach den Deutschen das Recht ab, in der Gefangenenfrage Protest zu erheben, da sie keinen Protest gegen die Deportation aus Frankreich und Beland erhoben hätten. Durch einen Aufruf an die deutschen Arbeiter soll eine freiwillige Hilfeleistung zum Wiederaufbau veranlaßt werden.

Die Kommission ersuchte Eidner eine Aufklärung dar, an der sich auch die Franzosen beteiligten. — Die Sitzung dauert fort.

Der soziale Kampf.

Noch kein Achtundentag für die englischen Eisenbahner.

London, 10. Februar. (Morgens.) Der Sekretär des Nationalen Verbandes der Eisenbahner erklärte der Sekretär des Nationalen Verbandes der Eisenbahner, Thomas, daß die Eisenbahner des Achtundentags keine Entlassung von 128 000 Eisenbahnern aus der Armee, die nach dem Achtundentag noch nicht erfolgt sei, annehmen würden. Die Eisenbahner aus der Armee sei es unmöglich, den Achtundentag in vollem Umfang durchzuführen. Die Verhandlungen über die Nationalisierung der Bahnen seien am 12. Februar begonnen worden. Thomas forderte die Eisenbahner auf, den Ausgang der Verhandlungen und die Behandlung der Angelegenheit im Parlament abzuwarten.

Jur Verlängerung des Waffenstillstandes.

TU. Genf, 10. Februar. Die Konferenz des großen Kriegesrats der Entente, an dem auch Wilson teilnahm, war nach Ypoye Klättern am Sonnabend abend noch nicht zum Abschluß gelangt. Es handelt sich um die Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland, an dem Marshall noch offenbar auf Wunsch Clemenceaus neue Bedingungen knüpfen wird, in der Absicht, den Widerstand Deutschlands gegen die Gebietsansprüche Frankreichs zu brechen. Die Pariser Regierungspresse spricht sich in dieser Hinsicht ohne Vorbehalt aus. Sie verlangt ein Höchstkontingent für die aktive deutsche Armee und eine Kontrolle über die deutsche Waffenfabrikation. Für diesen Zweck sollen nicht nur Waffen, sondern auch die wesentlichen angrenzenden Gebiete besetzt werden.

Neue Forderungen an Deutschland.

Paris, 10. Februar. (Morgens.) Diplomatischer Situationsbericht. Heute tagte nur die Kommission für den Völkerverbund. Montag nachmittag wird der oberste interalliierte Kriegsrat voraussichtlich die Prüfung der Bedingungen abschließen, die in das Waffenstillstandsabkommen einzufügen sind, wenn der Vertrag am 18. Februar erneuert wird. Im Laufe der beiden vorangegangenen, am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Sitzungen prüfte der oberste Kriegsrat die Fragen der Demobilisierung und Abrüstung in Deutschland, um diesem unmöglich zu machen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn es je daran denken sollte. Zu diesem Ziel erheben die Alliierten Einsprüche bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa gegen die Nichtausführung gewisser Bestimmungen: sie müßten Bestandteile fordern über das Kriegsmaterial, das zur Zeit in Deutschland vorräthig ist, bzw. sich in den Fabriken in Arbeit befindet. Es ist sogar wahrnehmbar, daß der oberste Kriegsrat zur größeren Sicherheit die Auslieferung größerer Mengen Kriegsmaterial, Geschütze, Maschinengewehre und Flugzeuge fordern wird. Außer mit diesen Fragen wird sich der oberste Kriegsrat mit der Frage der polnischen Grenze, der zu haltenden Truppenbestände der Alliierten und der Blockade befassen. Wenn der Waffenstillstand nicht vor dem 18. Februar unterzeichnet werden kann, so wird das jetzige Uebereinkommen einfach um einige Tage verlängert werden, bis der neue Wortlaut angenommen ist.

Tschechische Forderungen.

Auf der Alliiertenkonferenz hörten die Vertreter der fünf Großmächte die tschechischen Forderungen und Beneß, an die einen Staat von ungefähr 12 Millionen Einwohner in den Grenzen des früheren Königreichs Böhmen führen. Sie verlangen ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei, außerdem Grenzbesitzungen in der Gegend von Olag und Preßburg-Schlesien bei Troppau, in der Gegend von Ratibor, an der Oder, in der Gegend von Gmund und Thonmenar in Niederösterreich. Schließlich sind sie geneigt, sich mit den Ruthenen zu vereinigen, die auf dem linken oberen Theil der Karpaten wohnen, wenn sie es wünschen. Dagegen sind sie einer Vereinigung mit dem Gebiete der Südslawen nicht geneigt, denn so würden die Deutschen endgültig vom Orient abgeschnitten. Sie schlagen ferner die Internationalisierung der Verkehrswege der nicht am Meere gelegenen Staaten Mitteleuropas vor, um die politischen Bande, die sie verknüpfen, zu beseitigen, um ihnen zu ermöglichen, dem deutschen Einfluß Widerstand zu leisten. Die tschechisch-slowakische Regierung verlangt besonders Internationalisierung der Elbe, der Weichsel und der Donau. Dasselbe soll mit den Eisenbahnlinien von Preßburg, Triest und Piuma geschehen. Andererseits dürfte die Linie Prag—Wissen—Eutin—Strasburg—Paris der früheren Hegemonie Deutschlands Abbruch tun.

Deutschland.

Eröffnung der braunschweigischen Landesversammlung.

Braunschweig, 10. Februar. Die Braunschweiger Landesversammlung wurde heute durch den Vorsitzenden des Landes-M. und S. Rates mit einer Rede eröffnet, in der die Richtlinien für die Arbeit des Landtags dargelegt werden. Danach werden dem Landtag Vorlagen zugehen, die die Sozialisierung be-

treffen. Die Besche, die bereits vom M. und S. Rat erlassen worden sind, so das einzige der Trennung von Staat und Kirche, gelten als unantastbar. Der M. und S. Rat bleibt die oberste Behörde. Zum Präsidenten der Landesversammlung wurde Reichs-ammal Hoyer (Mehrheitssozialist) gewählt. Es ist ein Antrag eingebracht, die Regierung wolle sich jeder Abänderung des Planes der Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik enthalten, um mehr dafür sorgen, daß die Republik Braunschweig im Rahmen eines größeren Niederachens angehe.

Protest gegen eine Verhaftung.

München 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Münchener Arbeiterrates legte dieser gegen die Verhaftung des Mitgliedes des Arbeiterrates Dr. Leovien Verwahrung ein. Es wurde ein Antrag angenommen, der den Staatsanwalt auffordert, Leovien freizulassen. Wenn die Parteistellung bis Sonntagmittag nicht erledigt werde, werde der Arbeiterrat die gesamte Münchener Arbeiterchaft zu einer Protestdemonstration aufrufen.

Die Ausschüsse der Nationalversammlung sind: 1. Sachhaltungs- und Prüfungs- (28 Mitglieder), 2. Wahlprüfungsausschuss (14 Mitglieder), 3. Geschäftsbearbeitungsausschuss (21 Mitglieder), 4. Wirtschaftsausschuss (28 Mitglieder), 5. Sozialer Ausschuss (28 Mitglieder), 6. Rechnungsausschuss (14 Mitglieder), 7. Petitionsausschuss (28 Mitglieder).

Das Einkommen des Reichspräsidenten. Der Nationalversammlung wird nach der Wahl des Reichspräsidenten eine Kreditvorlage zugehen, durch die die Bezüge des Präsidenten bestimmt werden sollen. Außer einer festen Abgabe sollen dem Präsidenten jährlich 100 000 Mk. zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch soll diesen die Gesamtsomme eine Million nicht erreichen.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung setzt sich zusammen aus 8 Mehrheitssozialisten, 8 Zentrumselementen, 4 Demokraten, 2 Nationalsozialisten und je einem Mitgliede der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialisten.

Wahlen im M. und S. Rat zu Hamburg. Bei der Neuwahl des Stimmerechtsausschusses des M. und S. Rates wurden 5 Mehrheitssozialisten und 2 Unabhängige gewählt. Lampf bleibt Vorsitzender.

Die Wahlen in Koburg. Bei den am 9. Februar erfolgten Wahlen zur beschließenden Landesversammlung für Koburg wurden abgegeben: Für die Liste der Reichssozialisten 20 565 Stimmen, für die gemeinschaftliche Liste des Bürger- und Bauernbundes 14 503 Stimmen. Das Ergebnis in einigen Ortschaften steht noch aus, kann aber nichts an der Zusammensetzung des Landtags ändern. Die Zahl der Sitze verteilt sich wie folgt: 7 Reichssozialisten, 8 Demokraten, 1 Deutschnationaler (Bund der Landwirte).

Der Eisenbahnverkehr Berlin-Rödingberg ist seit Sonntagmittag unterbrochen, da in Marienburg ein Streik unter den Eisenbahnern des Betriebsdienstes herrscht. Der gestrige Berliner Nachzug liegt noch vor Marienburg.

Die Dementiverfolge. Wolff Bureau teilt mit: Die Freiheit behauptet in ihrer Sonntagnummer, daß ein Hauptmann Dr. Gärtnner, der mit der Verhaftung von Richard Müller im Zusammenhang stehen soll, in der Reichsanzeiger ein- und ausgeht und daß Haupt einer Epithelorganisation sei, die sich Politisch-parlamentarische Nachrichtenstelle der Reichsanzeiger nennt. Von diesen ganzen verworrenen Behauptungen ist kein Wort wahr; es gibt keine Epithelorganisation in der Regierung und ein Dr. Gärtnner ist in der Reichsanzeiger völlig unbekannt.

Na ja!

Die Lage in Portugal.

Lisbon, 9. Februar. (Morgens.) Ministerpräsident Romanones erklärte dem portugiesischen Geschäftsrat, daß die spanische Regierung nur die verfassungsmäßige republikanische Regierung in Lissabon anerkenne.

Lisbon, 9. Februar. (Morgens.) Die republikanischen Streitkräfte setzen ihre Konzentration an Dyporo fort. Sie werden die Stadt angreifen, falls die Aufständischen nicht vorher sich ergeben. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die portugiesischen Republikaner haben die Städte Lamego und Vizeu erobert. Der Führer der Royalisten, Plava Concelto, ist verwundet.

Streifenunfall Vanderveides. Das Automobil Vanderveides stieß in Brüssel mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Vanderveide wurde am Kopf schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Die neue Regierung.

Wesmar, 11. Februar. (M.) In den Verhandlungen ist gestern abend endlich über die Besetzung des Kabinetts eine Verständigung zwischen den Sozialdemokraten, der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum erzielt worden. Nachdem gestern mittag die Mehrheitssozialisten auf den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung verzichtet hatten, ist nunmehr folgendes festgelegt worden: Reichspräsident wird der bisherige Volksbeauftragte Ebert, zum Ministerpräsidenten ist Scheibemann aussersehen. Außerdem erhalten von den Sozialdemokraten noch Kroll das Reichsverordnungsamt, Vandenberg das Reichsjustizamt, Bauer das Reichsarbeitsamt, Müller das Reichswirtschaftsamt. Wiffel und Dr. David werden Staatssekretäre ohne Vorsteuertitel, und zwar ist David insbesondere für die Mitwirkung beim Friedensschluß aussersehen.

Von der Deutschen Demokratischen Partei werden besetzt: das Reichsamt des Innern, das Staatssekretär Dr. Preuß erhalten hat, das Auswärtige Amt, das dem Grafen Brockdorff-Rangau zufällt, das Reichsfinanzamt mit Schiffner. Von dem Reichsfinanzamt soll ein Amt für Sozialversicherungsfragen abgetrennt werden. Auch dieses Ressort soll die Deutsche Demokratische Partei (D) erhalten. Ferner soll ein Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei an Stelle des bisherigen Unterstaatssekretärs David im Auswärtigen Amt als Unterstaatssekretär betrauen werden. Ein weiteres Mitglied soll Ministerialdirektor im Reichsarbeitsamt werden. Es ist möglich, daß ferner für die deutschen Demokraten auch noch ein Unterstaatssekretariat geschaffen wird, dem die Verwaltung der Kolonien obliegt.

Dem Zentrum werden zuzufallen: das Reichspostamt und das Reichsrentenamt, an dessen Spitze wahrscheinlich der Abgeordnete Stegerwald treten wird. Erzberger soll ein Staatssekretariat ohne Vorsteuertitel erhalten. Das wichtigste Zuständigkeitsgebiet dem Zentrum gemacht wurde, ist die Besetzung des Präsidentenpostens der Nationalversammlung.

Trud und Verlag. Leipzig: Buchdruckerei Klotzschmann

Die amerikanischen Lebensmittel

sollen vorerst nur für Kranke und Kinder geliefert werden. Es steht fest, daß die Ursache vieler Darrkrankheiten, besonders der Paratyphie, mit der schlechten Nahrung zusammenhängt. Nahrungsmittel, Krüge, Flaschen usw. müssen den Menschen. Wenn diese Leiden wird das tausendfach bewährte Vordaban mit gutem Erfolg angewandt. Vordaban ist für Mk. 5.40 durch den Vordaban-Verlag Postau-Abh. 32 gegen Nachnahme zu beziehen. Auch bei uralten Fällen hat sich Vordaban glänzend bewährt, was zahlreiche Dankbriefe bestätigen.

Diese Nummer umfasst 2 Seiten.

Unflüchtige Bekanntmachungen.

Raubmord. 1000 Mark Belohnung.

In der Nacht zum 5. Februar 1919, gegen 11 Uhr, ist der Windmühlenteufel **Wintzer** in Leipzig durch Delikt in seinem Zimmer durch einen durch das Fenster abgegebenen Schuss getötet worden. Zwei mit Karabinern bewaffnete Männer sind hierauf in das Haus gedrungen und haben den Sohn des Getötenen zur Übergabe eines Gelöbetrages von etwa 600 Mark gezwungen.

Die Täter werden wie folgt beschrieben:
Größe etwa 1,65 Meter, braunhaarige Koppe, Soldatenmütze mit Schirm, die Mütze hinten heruntergeklappt.
Der von den Tätern erbeutete Gelöbetrug soll sich in zwei Vielwundstücken befinden haben, welche wahrscheinlich mit der Koffer des Ermordeten Wintzer versehen waren.

Zur Ermittlung der Täter geeignete Mitterlungen sind sofort an die nächste Gestapomission, Polizeibehörde oder unmittelbar an die Staatsanwaltschaft Halle zu den Adressen 6 J. 241/19 zu richten.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Feststellung, ob vor oder nach der Tat 2 Personen bemerkt worden sind, auf welche die oben gegebene Beschreibung paßt und die sich im Besitz von Karabinern oder Revolvern befinden.

Zur Ermittlung der Täter ist von dem Herrn Regierungspräsidenten in Weisburg eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Diese Belohnung kommt auch zur Verteilung an diejenigen, welche die Täter nicht selbst beschreiben können, aber sonstige zur Ermittlung der Täter führende Angaben machen. Ueber die Verteilung entscheidet der Herr Regierungspräsident unter Ausschluß des Rechtswegs.
Halle, den 7. Februar 1919.
6 J. 241/19. Der Erste Staatsanwalt.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Bezugnehmend auf § 18 Absatz 1 bezw. Absatz 5 vom 15. März 1918 der Kassenordnung bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß zufolge beschließlicher Entscheidung auch jugendliche Kassenmitglieder unter 15 Jahren sowie Lehrlinge nur der ihrem Verdienst entsprechenden Beitragstafel zugerechnet sind. Etwa hiernach sich nicht machende Kassenverfehlungen werden vom 8. Februar 1919 an vorgenommen.

Leipzig, am 10. Februar 1919.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.
B. L. H. A. C. K., Vorsitzender.

Verbot der Abgabe von Pferdefleisch in Gastwirtschaften.

Unter Bezugnahme auf § 11 der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 19. Juli 1918 über den Verkehr mit Pferdefleisch wird die Abgabe von Pferdefleisch in Gastwirtschaften hiermit ausdrücklich verboten. Pferdefleisch darf nur an Minderbemittelte und in Speiseanstalten für Minderbemittelte (keine Speiseanstalten ohne gewerbsmäßige Abgabe von Getränken) abgegeben werden.

Die näheren Bestimmungen treffen die Gemeindebehörden nach dringlichem Bedürfnis.
Zwischenhandlungen unterliegen der Strafandrohung des § 17 der gedachten Bekanntmachung (Geldstrafe bis 10000 Mk. oder Haft bis 1 Jahr).
Leipzig, am 11. Februar 1919.
Der Bezirksverband Leipzig-Band.

Markranstädt.

Wir fordern zufolge einer Verfügung der Amtshauptmannschaft Leipzig (Bezirksverband) alle verfassungsberechtigten Einwohner unserer Stadt hiermit auf, bis Donnerstag, den 18. Februar 1919

im Rathaus, Zimmer Nr. 6 zu melben, wer auf Grund der Landesstimmkarte seinen Kartoffelbedarf voll eingedeckt hat (also Abschnitt A, B, C mit je 1 Zentner).
Markranstädt, am 10. Februar 1919.
Der Stadtrat.

Gemeindevorstand Bösdorf (Güter).

Umständehalber ist die ausgeschriebene Stelle bereits besetzt und ersuchen, von weiteren Offerten Abstand zu nehmen.
Gemeinderat.

Unabhängige Sozialdem. Partei

Leipzig-Stadt Deutschlands 12. sächsisch. Wahlkreis

Partei-Beiträge, An- und Abmeldungen werden von unserem Hauswart **Paul Holes**, Hospitalstrasse 18, IV. L., sowie jeden Tag, von 9-1 und 4-9 Uhr, im Volkshaus, Portal rechts, Saalgebäude I., Zimmer Nr. 13, angenommen.

Kommunist. Partei Deutschlands (Spartakusbund) Gruppe Leipzig.

Die Rote Fahne nimmt Stellung zu den Einigungsbestrebungen der U. S. D. (Einzelversammlungen, monatliche Beiträge 1,50 Mk.). Ausgabe in Leipzig, Albrechtstr. 81 (Laden), nachm. 4-6 Uhr, in Veitshof, Feldstr. 5. III. bei Fr. Engelmann, von nachm. 4 Uhr ab. (Beitrittserklärungen zur Partei werden dabei angenommen.)
Achtung, Mitglieder! Mittwoch, den 12. Febr., abends 7 Uhr, Bezirksversammlungen. Orten: in der Silberpappel, Volkmarstori, Richardstr.; Zentrum: Restaurant zum Apfelbaum, Burgstr.; Südosten: Gasthof Neureudnitz, Stadt, Str. 7. Von 6 Uhr ab in jed. Versammlung Anm. neuer Mitgl.

Städtisches Kunstgewerbe-Museum zu Leipzig (Grain-Museum)

Allgemeine Zeichnenkurse für entlassene Weeresangehörige.

Abnung und Auskunft bis 15. Februar 1919 im Bureau des Kunstgewerbe-Museum 8 von 10-2 Uhr. Einschreibgebühr 3.- Mark.

Die Kurse sollen den Teilnehmern Gelegenheit aben nehmen sich wieder beweglich zu werden.

Parteiversammlung d. U.S.P. Leipzigs

für den 12. und 13. Wahlkreis
Donnerstag, d. 13. Febr., abds. 7 Uhr
im Volkshaus (grosser Saal)

Tagesordnung:
1. Die politische Lage im Reich. Ref.: Gen. Lipinski
2. Die Delegierten-Wahlen zur Sachsenkonferenz und zum Parteitag.
3. Wahl des Parteivorsitzenden.
4. Anträge.
5. Parteiangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch der Genossen und Genossinnen wird erwartet.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Partei-Mitgliedsbuches.

Die Bezirksleitung der Unabh. Soz. Partei Leipzigs.

Die Bezirksleitung der Unabh. Soz. Partei Leipzigs.



Tapeten

Stromann & Krausche
Eckhaus Grimm, Steinweg und Querstrasse.

Schuh geg. Erfüllung
Anabenswenter 14,75 12.- 11.- 9,50
Damenweifen 22,50 21.- 17,50
Herrenstiefeln
kräftige Wolle, zum rodeln 12,50

Hugo Blum

Reichsstrasse
Handelshof
Verland nach auswärts

!! Achtung !!

Sehr geehrte Herrschaften nur Frau Wittles
Vorgingstr. 12, Tel. 18150,
am Fleischerplatz, zahlt Ihnen jeden Preis, den Sie verlangen, für Ihre abgetr. Herren- und Damenlachen, Wäsche, Pelzhausschuhe, Gold, Silber, Lappiche, Gardinen, Stores, Beisen, ganze Wirtschaften, eine Möbelstücke, Karie erbelten.

Alte Herren-Hüte

(welche) werd. auf mod. Wiener Formen in ganz kurz. Zeit bill. umgeprecht.
H. LAUCKNER
Hüte-Impresserei
Leibnizstrasse 8
(Am Ransdorfer Steinweg).

Rat u. Beistand

in Alimenten, Ehe- Straf- Steuersachen usw.
Gnadengesuche!
P. Graf Grimmaischer Steinweg 14.
9-1-4-7; Sonnt 11-1. Tel. 17484

Homöop. u. Licht-Heilinstitut R. Neugebauer

stad. geb., nicht oppr. Pratt., se. an Dr. Schwabe's Politt., behdlt. n. 20jähr. Erfahrung mit vorzüglichen Erfolgen
Geschlechts-, Haut-, Parndn., vorz. nerv. Schwäche, Grippe, Natarrhe, Atmungsg., Asthma, Rheumatismus, Ischias, Wicht, Magen- und Darmleiden usw.

Frauenkrankheiten

Broich: „Weißflug der Frauen u. seine Bekämpfung“ gegen 1,80 Mk. in Briefmarken.
Promenadenstr. 11, I
Sprechz. tägl. 10-12, letzter Mont, Mittw., Freitag 8-8
Elektr. Lichtbäder
mit Ultraviolet-Verfrachtung
gefäßnet wachen 10-12, 2-8, für Damen 10-12, 8-6 Uhr.

Verband der Maler.

Donnerstag, den 13. Februar, abends Punkt 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Bürgergarten, Brüderstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Neuwahl. 3. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 4. Allgemeines.
Um recht starken Besuch bittet
Der Vorstand.

Zentralverband der Fleischer

Donnerstag, den 13. Februar, abends 7 Uhr
Grosse öffentliche Versammlung
im Elysium, Eilenstraße.

Tagesordnung: Der Kampf der Fleischergehilfen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um ihre Existenz.
Referent: Verbandsvorsitzender **Hensel-Berlin**.

Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Elysium, Eilenstraße.

Tagesordnung: Die Arbeitslosigkeit im Fleischer-gewerbe. Referent: **Gauleiter Zaake-Dresden**. Kollegen, sorgt für Massenbesuch.
S. A.: Die Ortsverwaltung.

Sozialistischer Rede- u. Lese-Abend

Leipzig, Auguste-Schmidt-Haus, Dresdner Str.
Mittwoch den 13. Februar, abends 7/8 Uhr.
Thema: **Mutabilität und Ausblick in der Revolution.**

Wächter-Zusammenkunft ausnahmsweise
Mittwoch den 13. Februar, abends 7/8 Uhr.
Thema: **Mutabilität und Ausblick in der Revolution.**

Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig

(L. V.)
Das **Dianabad** ist bis einschließl. Mittwoch geschlossen. Der Übungsabend am Donnerstag wird abgehalten.

Das Kartell der freien Gewerkschaften Düsseldorf sucht zum 1. April 1919 einen

Gewerkschaftssekretär.
Reflektiert wird auf eine Kraft, welche organisatorisch und agitatorisch tüchtig ist, und auch ausbildungswelt im Arbeitersekretariat Aussicht erteilen kann. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 1. März an den Unterzeichneten einzureichen. Der Kartellvorstand.

Gegen Haarausfall

Nettle edt von **F. A. Funke**. Nettle hat ganz köstliche nachweislich vollständig wieder hergestellt. Nettle hat großen Erfolg bei Feldgrauen mit kalten Nieten. Flasche 4,25 Mk., Zuh 200 Gr. 5 00 Mk., Zuh 350 Gr. Prospekt verlangen.
Treibisch, Paup. Pl., Ede Nürnberg, Str. Helluscheck, Gohlis, Gohliser Str. 55.

Ich praktiziere jetzt

Petersteinweg 10, Aufg. A
für **Allgem.-Praxis und Geburtshilfe, Bestrahlungen mit künstl. Höhensonne.**
Arzt für sämtliche Krankenkassen.
Sprechzeit: 8-9, 1-2 Uhr. Sonntags 10-11 Uhr.
Tel. 16720. **Dr. med. Neckels.**

Am 6. Februar d. J. habe ich mich an Stelle des Herrn Dr. Jckert in Eythra, Neuholer Str. 156 H. als

praktischer Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer niedergelassen.
Sprechstunden: vorm. 8-9 Uhr, nachm. 1-2 Uhr, ausser Sonnabends, abends 7-8 Uhr nur Montags, Mittwochs u. Freitags, Sonntags nur 9-10 Uhr vorm.
Telephonanschluss: Zwenkau Nr. 374.
Dr. med. Willy Böttger.

Familien-Nachrichten

Für die vielen liebevollen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter
Marie Hackel
sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
L. S. B. n. g., Colloredostraße 1, II.
Familie Hackel.

Anlässlich des Todes meiner heißgeliebten Frau, unserer guten Mutter und Tochter
Agnes Nietzsche geb. Ringpfeil
sind uns herrliche Beileidstundabungen und herrliche Blumenbesenden in so großer Zahl zugegangen, daß wir nicht instande sind, jedem einzelnen zu danken. Wir sprechen deshalb nur auf diesem Wege unseren herzlichsten herzlichsten Dank aus.
L. S. B. n. g., im Februar 1919.
**Paul Nietzsche
Gerhard Nietzsche
Emilie verw. Ringpfeil**
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme, die uns bei dem schmerzlichen Verluste unserer lieben unermesslichen einzigen Tochter, Schwester und Enkelin **Anna Paula Bennndorf** im Alter von 11 Jahren zuteil wurden, sprechen wir unsern innigsten Dank aus. Besonders Dank Herrn Kantor Oertel und der lieben Schuljugend für die Spende und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte.
**Wihelm Bennndorf und Frau,
Gälsengossa. Bruder nebst Großmutter.**

Am Sonnabend, dem 8. Februar, starb nach

langem Krankenlager unser lieber Kollege
Franz Hinze.

Wir werden seiner in Ehren gedenken.
Das Personal der Firma **Hesse & Becker.**
Abteilung Buchbinderei.

Nachruf.

Nach kurzem schwerem Krankenlager verschied am Montag im 53. Lebensjahre mein lieber guter Vater, der Maler
Reinhold Wenzel.

In tiefster Trauer
Frieda Christianz geb. Wenzel
im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/2 4 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt. Etwa zugebacht Blumenbesenden bittet man Burgstraße 9, IV., bei Wolan abzugeben.

Nachruf.

Auch uns hat der große Völkermord folgende treue Sportgenossen entziffen:
**Artur Kösser
Paul Pelz
Artur Walter
Otto Damm
Alfred Schollich**

Ehre ihrem Andenken!
Arbeiter-Radfahrverein Freie Radler, Beucha.
(Mitgl. des Arb.-Radf.-Bundes.)
J. A.: G. Weber, Vors.

Turnverein 'Frisch auf' Böhlitz-Ehrenberg

Mitgl. d. Arb.-T.-Bandes.
Nachruf!

Dem Völkerringen zum Opfer gefallen sind unsere lieben Turngenossen:
**Franz Donau
Paul Erbe
Fritz Erbe
Wilhelm Fehse
Karl Hermann
Artur Lepski**

Wir werden ihnen ein dauerndes Andenken bewahren.
Der Turnrat
I. A.: J. Trube, I. Vorsitzender.

Radfahrer-Verein Wanderlust Wahren.

Mit-Mod des A.-R.-B. Solidarität.
Als Opfer des elenden Völkermordens betrauern wir folgende Sportgenossen:

**Hermann Clemens
Karl Engler
Karl Driemel
Franz Friesse
Kurt Franz
Artur Gutwasser**

**Arno Holz
Walter Hönemann
Hugo Hässler
Otto Kurze
Bruno Nestler
Otto Rehnert.**

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Als Opfer des elenden Völkermordens betrauern wir folgende Sportgenossen:

**Hermann Clemens
Karl Engler
Karl Driemel
Franz Friesse
Kurt Franz
Artur Gutwasser**

**Arno Holz
Walter Hönemann
Hugo Hässler
Otto Kurze
Bruno Nestler
Otto Rehnert.**

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Stierdurch die traurige Nachricht, daß meine

liebe Frau
Emma Stockmann geb. Mucke
nach langem schwerem Leiden im Alter von 85 Jahren sanft entschlafen ist.

In diesem Schmerze zeigen dies hierdurch an
Reinhold Mucke, Ringstraße 28
Franz Stockmann und Sohn.
Beerdigung Donnerstag, nachm. 2 Uhr, auf Stef. Friedh.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Februar.

Parteilangelegenheiten.

Achtung, Sammelisten!

Die aus Anlaß der Wahlen ausgesendeten Sammelisten bitten wir bis spätestens 10. März an die Bezirksvertrauensleute bzw. Ortsvereinskassen abzuliefern, damit diese in der Lage sind, bis 15. März mit dem Bezirkssekretariat zu verrechnen.

Das Zentralwahlkomitee. Ortsverein Leipzig-Ost, 18. Kreis. Heute Dienstag, abends 7/8 Uhr, Vorstandssitzung im Bibliothekszimmer.

Die Parteifunktionäre der Section Zerkner treffen sich am Mittwoch, abends 7/8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Restaurant zur Krone.

Feier, Mittwoch, abends 7 Uhr, Gambinus

Unter militärischer Gewalt Herrschaft.

(Aus den Akten der Leipziger Kriegsamtsstelle.)

Im Sinne der Kriegszeit ist jedem klar geworden, daß die Gewalt über alle Personen richtigermaßen aus dem Wege räumen, die sich nur irgendwie mißliebige machten. Konnte man sie nicht hinter Kerlmauern sehen, so wurden sie ungeachtet mangelnder Dienstfähigkeit zum Heere eingezogen und baldigt als Felderfah verurteilt.

Gegen solche kraßweise Einzelnungen wendete sich wiederholt die Parteilitung an die Kriegsamtsstelle und es führte zu einer Besprechung am 18. Juli 1917, an der Hauptmann Regel, Hauptmann Ritter, Oberleutnant Kühn und die Genossen Bispinski, Kirchmeyer und Herr teilnahmen. Unsere Genossen führten als Beweise für Strafeinzelnungen die plötzlichen Einberufungen der Genossen Schröder, Schäfer, Herr und Thalheim an. Als Antwort darauf sagt das Protokoll folgendes:

Hauptmann Ritter weist entschieden die Behauptung zurück, daß Strafeinzelnungen stattfänden. Die Einberufungen erfolgten nach Maßnahme der militärischen Lage und treffen alle Parteien gleichmäßig.

Dem Protokoll folgt eine Mitteilung des Referats „Juristischen“ vom 20. Juli 1917, das mit Geitner unterschrieben ist. Es lautet:

Dem Herrn Vorstand der Kriegsamtsstelle gestattet sich Ref. 3 zu den in der Sitzung vom 18. 7. 17 von den Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie über „Einberufungen“ erhobenen Beschwerden folgendes zu berichten:

- 1. Schröder, geb. 78, g. v. v. Train J. Nach Br. - V. - Nr. 109 der Wehrm.-Regist. wurde am 20. 6. 17 an das Bezirkskommando II Leipzig verlegt, daß Schröder „bei nächster Gelegenheit“ einzustellen sei...
2. Schäfer, geb. 82, geb. g. v. v. Feldart. Nach H. G. R. D. 15464 3/3 v. 22. 4. 17 wurde Schäfer für die Firma Nob. Huebeler, Leipzig, bis zum 30. 6. 17 zurückgestellt. Nach dem im Monat April 17 im Leipziger Bezirk ausgebrochenen Streik wurde auch nach den Personalien des Schäfer geschudelt und alles erforderliche festgestellt. Darauf wurde mit Br. - V. - Nr. 91, 3. geheim vom 18. 6. 17 vom stellv. Generalkommando von Mühlstraße mit dem Herrn Vorstand der Kriegsamtsstelle von Hn. Geitner handschriftlich verlegt, daß Schäfer nach Ablauf der Aufstellungsfrist bei erster Gelegenheit einzustellen sei. Am 20. 6. 17 frant Bes. - V. - D. 11 an, ob Schäfer am 11. 7. 17 einzustellen werden solle. Dies wurde von Hn. Geitner ebenfalls handschriftlich, nach Rücksprache mit dem Vorstand der Kriegsamtsstelle verlegt, woraufhin Schäfer am 11. 7. 17 bei der Erl.-Vt. Feldart.-Regt. 88, Meisa, zur Einstellung gelangte, da er unbedingt von Leipzig entfernt werden sollte. Der Kommandeur der Erl.-Vt. Feldart. 88 wurde mit Br. - V. - Nr. 114 3. geheim am 12. 7. 17 unter „Streng geheim“ über die Veruntüchtlichkeit des Schäfer unterrichtet. H. Herr, geb. 05-07 (2. Corp.-Abt.) L. v. Da Herr bei der 2. Corp.-Abt. gedient hat, ist er Marineangehöriger, der nur in wichtigen Zwischenfällen zur Einstellung gelangen. Von einer Strafeinzelnung des Herrn kann in diesem Fall keine Rede sein.
4. Thalheim, geb. 70, d. a. v. Heimat, Bureau. Thalheim wurde von seinem Arbeitgeber, der Firma H. Nickenischer, Leipzig, dem Wehrführer Andra gegenüber wiederholt als gemeingefährlicher Mensch, Streikführer usw. bezeichnet. Er gelangte am 21. 6. 17 beim 1. Refr.-Dep., 1. Erl.-Batt. R.-Reg. 181 in Plauen zur Einstellung.

Ohne Rücksicht auf die Dienstfähigkeit sind alle Genossen eingezogen worden, die als „Streikführer“ denunziert oder sonst von Leipzig „unbedingt entfernt“ werden sollten. Zu diesen Gemeinheiten kommt noch die Denunziation; denn trotz der erwähnten Klagen schreibt die Kriegsamtsstelle am 20. 6. 17 an Genossen Bispinski u. a. daß die Annahme, es handle sich um Strafeinzelnungen, die ihre Spitze gegen sogenannte Minderheits-Sozialisten wegen ihrer politischen Richtung richten, unzutreffend sei. Es seien lediglich Gründe der militärischen Lage maßgebend.

Der Streik der städtischen Beamten.

Der Streik der städtischen Beamten Leipzigs ist gestern nachmittag vorläufig beendet worden, nachdem bei den eingeleiteten Verhandlungen der Rat die bestimmte Zusicherung gegeben hat, daß die Gehaltsfragen bis Mittwoch nachmittag geregelt werden sollen. Ueber den Anlaß zum Streik geben die nachstehenden folgende Erklärung: Die Unterbeamten des Rates der Stadt Leipzig, Schuttmannschaft, Berufsfeuerwehr, Wohlfahrtspolizei hatten wegen Gehaltsdifferenzen den Dienst eingestellt. Sie wurden zu diesem Schritte durch ihre drückende Notlage gezwungen. Bei den vorausgegangenen Verhandlungen hatte man ihnen die gewiß beschriebenen Forderungen zugesprochen, bei einer späteren Sitzung jedoch erklärt, daß der Gehalt der Vorlage zurückgestellt habe, weil die Sitzung geändert worden sei. Bei den eingeleiteten Forderungen sollten vorwiegend die untersten Gehaltsklassen bis einschließlich 4000 Mark Jahresgehalt bedacht, die höheren Beamten jedoch von den Zulagen ausgeschlossen werden. Der Rat erklärte, man müsse auch den oberen Beamten bis einschließlich 7000 Mark Jahresgehalt die Zulagen gewähren, deshalb müßten neue Vorlagen ausgearbeitet und eingereicht werden, auch müßte man abwarten, wie der Staat seine Beamten bezahlen werde. Dadurch würde die Angelegenheit bis in spätere Zeiten hinausgeschoben und gerade die Unterbeamten dem gänzlich wirtschaftlichen Untergang ausgeliefert. Der Rat hat dadurch die Notlage zu einer Maßnahme aufgeworfen, wozu sich die Beamten entschließen entschieden weigerten. Die Unterbeamten bitten nun die Bürger der Stadt Leipzig, ihnen in dieser Zeit nicht hindernd, sondern fördernd zur Seite zu stehen und nicht zu erwarten, daß die Beamten jederzeit plötzlichen ihren schweren und aufreibenden Dienst, trotz bitterer Entbehrung voll und ganz erfüllt haben, sie aber durch die drückende Not zu diesem Schritt gedrängt wurden. Sobald ihre geringen Forderungen erfüllt werden, wird jeder freudig und pflichterfüllt Leben und Gesundheit für die Ruhe und Sicherheit der Bürgerschaft wieder einbringen.

Die wesentlichsten Gehaltsforderungen betragen für Inspektoren 450 Mk., für Oberwachmeister 420 Mk., für Schutzele 340 Mk., für Boten 260 Mk. monatlich. Auch die Ratsbeamten sind mit Wünschen wegen einer neuen Gehaltsregelung an den Rat heranzutreten. Da außerdem auch eine Neuorganisation der Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten zu erwarten ist, wollte der Rat vorläufig keine bindenden Zusagen geben und auch die Regelung der Gehälter der Schutzele, Wohlfahrtspolizei und Berufsfeuerwehr noch hinausgeschoben. Diese haben aber darin eine unnötige Verschleppung und beschloßen deshalb den Streik.

An den am Montagvormittag sofort eingeleiteten Verhandlungen mit der Kommission der Streikenden nahmen Oberbürgermeister Dr. Roth, der Doyent des Personalamts Stadtrat Dr. Böhm und der Bevollmächtigte des A. und S.-Rates beim Polizeiamt Genosse Scheib teil. Sie erklärten, daß die Notwendigkeit der Gehaltssteigerung allgemein anerkannt werde. Die notwendigen Vorarbeiten würden mit der größten Beschleunigung durchgeführt. Gegen mittag waren die Verhandlungen beendet. In einer sofort einberufenen Versammlung der Beamten, an der auch Stadtrat Dr. Böhm und Genosse Scheib teilnahmen, erstattete die Kommission Bericht über die Verhandlungen. Nach längerer Aussprache stimmten die Versammelten dem Vorschlag zu, die Arbeit vorläufig um 5 Uhr wieder aufzunehmen. Sie bezielten sich aber weitere Schritte vor, wenn die am Mittwoch zu erwartenden Zugeständnisse unbefriedigend sein sollten. Die ausländischen Beamten, die mit selten beobachteter Einmütigkeit in den Streik getreten waren, haben überall die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Nege gegen Leipzig.

Die Herrschaft des A. und S.-Rates in Leipzig ist dem Leipziger Bürgerum begrifflicherweise recht unangenehm. In gewissen Kreisen des Bürgerums versucht man deshalb mit allen Mitteln, dieser Herrschaft ein Ende zu machen. Sie können es gar nicht erwarten, daß die verhängten Noth-Gesetze auch in Leipzig einmarschieren und in ihrer Welle „Ordnung“ schaffen sollen. Evident unangenehm ist es den Herrschaften, daß trotz aller Provokationen bezahrl. Subjekte in Leipzig kein richtiger Putsch zustande kommen kann. Man sucht sich deshalb damit zu helfen, daß man einfach von Anfang bis zum Ende erlogene Schwindelnachrichten über angebliche Krawalle in Leipzig in die Welt schickt. Es unterliegt gar keinem Zweifel mehr, daß in Leipzig selbst bezahlte Subjekte sitzen, die von hier aus allerhand Tatsachennachrichten verbreiten. Zum Beispiel ist bereits am Mittwoch nachmittags 3 Uhr von Berlin aus beim Oberbürgermeister angesetzt worden, was in Leipzig vorgehe. Man hätte aber bereits eine Stunde nach den Vorgängen bei der Arbeitlosen-Demonstration davon in Berlin - natürlich in entstellter Weise - Kenntnis erhalten. Gestern hat man wieder den Streik der städtischen Beamten zum Anlaß genommen, um verlogene Nachrichten über Aufruhr und Straßenkämpfe in Leipzig in die Welt zu setzen. Ueber das Nähere unterrichtet die folgende Erklärung, die unsere Genossen in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung abgegeben haben:

Die untergeordneten Abgeordneten aus Leipzig erfahren soeben, daß in Weimar und auch in Jena der Abgeordneten der Nationalversammlung Gerichte über einen Aufruhr in Leipzig verbreitet sind. Diese Gerichte behaupten, daß in Leipzig Aufruhr herrscht, daß dort mit Maschinengewehren geschossen wird und der Oberbürgermeister verhaftet sei. Die Untergeordneten, die erst heute um 11 Uhr vormittags Leipzig verlassen haben, teilen mit, daß davon kein Wort wahr ist, daß weder Aufruhr herrscht noch geschossen wird, noch der Oberbürgermeister verhaftet ist. Tatsache ist, daß die Leipziger Schutzele und Berufsfeuerwehr streiken, weil der Stadtrat die Aufbesserung ihrer Löhne, die für einzelne Kategorien noch jetzt 100 Mark monatlich betragen, abgelehnt hat. Aus diesem Grunde ruht der Betrieb im Leipziger Rathaus. Geier, Dr. Geier und Genossen.

Selbst die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben dazu: Es ist bedauerlich, daß immer wieder, aufstrebend von bestimmten Stellen, die in Leipzig selber sitzen, absichtlich allerhand wilde Gerüchte über Unruhen in Leipzig verbreitet werden. Vor einer Reihe von Tagen erst mußten wir uns gegen die Art und Weise wenden, wie die auswärtige Presse, so u. a. die Wiener, ihre Leser über die Leipziger Verhältnisse unterrichtete. Es hat fast den Anschein, als ob die betreffenden Stellen geradezu ein Interesse daran haben, über Leipzig möglichst unrichtige und aufsehenerregende Nachrichten zu verbreiten. Die zuständigen Behörden sollten doch einmal den Urheber jenes gefährlichen Lufstugs nachzugehen versuchen!

Es kann allerdings gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die „bestimmten Stellen“ ein sehr großes Interesse daran haben, die Leipziger Verhältnisse möglichst schwarz zu malen. Die Arbeitererschaft aber mag auf der Hut sein. Mehr als je ist es jetzt notwendig, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und bei allen Verleumdungen ein wohlgegründetes Auge zu haben.

Von gut unterrichteter Seite wird uns noch mitgeteilt, daß der mehrheitssozialistische Abgeordnete: Schöpflin das Gerücht über den Aufruhr in Leipzig in Weimar verbreitet hat.

Nochmals die Elektrizitäts-Fernleitung Leipzig-Bitterfeld.

Von dem Fachmann, der zuerst in unserer Zeitung den Bezug von elektrischem Strom von Bitterfeld angeregt hat, wird uns noch geschrieben:

Auf die vom Rat angebrachten Entgegnungen gestatte ich mir folgendes zu erwidern: Wertwüdig finde ich nicht, daß in Berlin während des Elektrizitätsstreiks kein Strom von Bitterfeld nach Berlin geliefert wurde, denn die streikenden Arbeiter schalten in diesem Falle den zugelassenen Strom einfach ab. Die Angabe, wenn in Leipzig an dem Streitstage der Strom zur Verfügung gestanden hätte, so könnte er zu einer Entlastung des Elektrizitätswerts dienen, ist unrichtig, da der Strom in den Leipziger Unterwerken umgeformt werden muß, wozu Bedienungspersonal erforderlich ist, das auch mitgestreikt hätte.

Richtig ist, daß eine definitive Doppel-Fernleitung für eine Spannung von 100 000 Volt eine Baugesell von 6 Monaten in Anspruch nimmt, und ca. 1 Mill. Mark kosten wird. Da wir aber nächsten Winter an derselben, wenn nicht noch größeren Kohlennot zu leiden haben, kann ich nicht verstehen, daß man die Ausföhrung einer dringlichen Uebertragung nicht näher in Erwägung zieht, zumal die Leipziger Elektrizitätswerte so ungünstig arbeiten, daß der Selbstkostenpreis für die Kilowattstunde vor Jahren so hoch angegeben wurde, daß die Kilowattstunde unter dem eigenen Selbstkostenpreis für 8-10 Pf. an die Straßenbahn abgeben wird, nur um anlangend den Wirkungsgrad und die Amortisation der Anlage zu verbessern. Wie man sich erst der Selbstkostenpreis für die Kilowattstunde an den heutigen Kohlenpreisen und Arbeitslöhnen stellen? Dagegen betragen die Selbstkosten für die Kilowattstunde eines auf heute erhaltene Kraftwerke im Jahre von 12 Pf. auf 12 Pf. an, da doch fast Leipzig die Kilowattstunde von Bitterfeld für 7-8 Pf. erhalten könnte, und durch unangelegentlich Stromverbrauch und neue Anschlüsse die Strompreise um ca. 25 Prozent erhöhen könnte, eine Mehrerzeugung von ca. 1 Mill. Mark in 1-2 Jahren heranzubringen könnte und die Strompreise zur Deckung der Einwehner noch nicht einmal zu erhöhen brauchte. Eine solche rentable Fernleitung könnte selbstverständlich für die Dauer bestehen bleiben. Das bedeutend näher liegende Kraftwerk Kufwitz ist aber, um einer Spitzenbelastung von 10 000 Kilowattstunden begangen zu können, nicht genügend ausgebaut. Der Vorschlag, die Fernleitung provisorisch auszuführen, ging darauf hinaus, die Bauzeit auf 2-3

Monate zu verkürzen und die in Bitterfeld vorhandenen zwei Transformator von je 15 000 Kilowattstunden und 108 000 Volt auf 60 000 Volt umzuschalten und die drei Phasen der 60 000 Volt Bahnleitung zu benutzen, die bereits schon bis Weidewitz liegen, so daß nur noch die Verbindung zwischen Weidewitz und den Elektrizitätswerken in Leipzig herzustellen und die Transformierung von 60 000 Volt auf 10 000 Volt vorzunehmen wäre.

Das Leipziger Werk gibt jetzt ungefähr in der Woche 700 000 Kilowattstunden nutzbar inkl. Straßenbahn ab und verbraucht ungefähr dazu 60 000 Zentner gemahlte Kohle (Kohle und Brei), welche die Leipziger kreisende Bevölkerung gut gebrauchen könnte, und vor allem müßte auch der Straßenbahnverkehr wieder auf vollen Betrieb gebracht werden, denn der jetzige Zustand läßt viel zu wünschen übrig. Ebenfalls könnte sich dann das städtische Pflanzensammlungsamt in Verbindung setzen, so daß eine bessere wirtschaftliche Straßenbeleuchtung erreicht würde, was für die öffentliche Sicherheit sehr erwünscht wäre. Eine Fernleitung könnte natürlich erfolgen. Hierdurch könnte eine große Kohlenparade in der öffentlichen Pflanzensammlung erreicht werden. Zu bemerken wäre noch, daß das Kraftwerk Kufwitz im Kufwitz durch eine 100 000 Volt-Leitung mit dem Großkraftwerk Golpe verbunden ist.

Zum Wesenfall der Zulagen für Schwerarbeiter. Bekanntlich sind die Zulagen für Schwerarbeiter, die Schwer-, Schwere- und Mühsamkeitsleistungen mit Wirkung ab 10. Februar aufgehoben worden. Hier und da ergaben sich bei der Durchführung der Maßnahme jedoch Schwierigkeiten. Um den daraus hervorzuheben Unannehmlichkeiten Rechnung zu tragen, insbesondere um Unannehmlichkeiten in der Motivation, die bei ungenügenden Aufträgen eintreten müßten, vorzubeugen, hat sich der Staatssekretär des Reichsberufungsamtes mit einer Preisveränderung bis zum 1. April für die Durchführung des Gesetzes der Zulagen in Fällen einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bis zum 1. April nicht ermöglichen ließ. Bis zum 1. April können aber die notwendigen Organisationsmaßnahmen überall getroffen sein, so daß nach dem 1. April die Zulagen nirgends mehr gewährt werden dürfen.

Die Gebühren für Paketbestellungen werden erhöht. Amtlich wird mitgeteilt: Infolge der außerordentlich starken Steigerung der Kosten des Postverkehrs und Paketbestellens sind die unabwendbare Notwendigkeit ersehen, die Gebühren für die Postleistungen der Pakete bei allen Postanstalten zu erhöhen. Vom 15. Februar ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden: Am 1. Klasse 10 Pf. bei den Postämtern 1. Klasse für Pakete bis 5 Kilogramm einstück, 20 Pf., für schwerere Pakete 30 Pf.; bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postanstalten) für Pakete bis 5 Kilogramm einstück, 10 Pf., für schwerere Pakete 15 Pf. Am 1. Klasse 10 Pf. für Pakete bis 2 1/2 Kilogramm einstück, 15 Pf., für schwerere Pakete 20 Pf. Für die Einlieferung von Paketen werden erhoben: im Ortsbezirk für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht 10 Pf.; im Landbezirk für Pakete bis 2 1/2 Kilogramm einstück, 10 Pf., und für schwerere 20 Pf.

Gefährliche Rüstungs-Marknoten. Von den am 20. Oktober 1918 ausgegebenen neuen Rüstungs-Marknoten der Reichsbank sind besonders im Westen des Reiches Fälschungen aufgefunden, die sämtlich dadurch leicht erkennbar sind, daß die Unterschriften unecht und verkehrswertlos sind, zum Teil auch vermerkt gedruckt sind. Bei einem Teil dieser Fälschungen - meist mit der Kontrollnummer A 001 links oben - fehlt das Wort „in“ zwischen den Worten „Reichsbankausgabe“ und „Berlin“, während bei einem anderen Teil - meist mit der Kontrollnummer D 009 - dieser Fehler beseitigt ist. Vor Annahme wird gewarnt.

Abholung von Kaffeebohnen usw. Noch immer haben eine nicht geringe Anzahl Verbraucher die für das 2. und 4. Vierteljahr 1918 angeordneten Baumkaffeebohnen, Seltsamwurz, Stopp- und Erdkastanien nicht abgeholt. Wer die Abholung bis Ende dieses Monats nicht vornimmt, geht seines Anspruchs verlustig.

Eine antisozialistische Kundgebung war für gestern mittag 2 Uhr von einem Studenten in der Universität vorbereitet. Die ganz wenigen Studenten, welche dieser Aufforderung gefolgt waren, fanden die Wandelhalle aber - verhältnismäßig - nur der Borraum war offen, und zwar war er besetzt von drei Schauerfrauen und dem Einberufer der Versammlung. Etwas 15 Per. waren amletten sich schicklich an, davon 12 Sozialisten. Mit größter Heiterkeit wurde nun von sozialistischer Seite die Versammlung eröffnet und gleich wieder geschlossen. Die besprochenen Unterredungen wurden erwidert auch die Genossen, das Gebäude nicht an einer Versammlung zu benutzen, und in Anerkennung der unparteilichen Haltung folgte man ihr. Zum ersten Male eine sozialistische Mehrheit in einer „Studentenversammlung“!

Sehe gegen die Arbeitlosen. In dieser Notiz vom 6. d. Mis. schreibt u. a. der Vorstand des Preussischen Eisenbahn-Maschinenamts, Leipzig: Die Angabe, daß in den hiesigen Lokomotivwerken II und III leistungsfähige Lokomotiven stehen, die Kohlenlage überwinden könnten, aber mit Abficht dazu nicht verwendet werden, ist völlig unzutreffend. In den Schuppen stehen jetzt allerdings viele Lokomotiven neuerer Bauart unbeschäftigt; dieselben können aber wegen schwerer Schäden nicht zum Dienst herangezogen werden. Infolge des starken Mangels an dienstfähigen Lokomotiven müssen zurzeit viele Lokomotiven im Zugdienst arbeiten, die sich in einem überst manuellen Zustand befinden, obwohl dadurch die Betriebsführung erleichtert und sehr viel Kohle verbraucht wird. Die Instandsetzung der Lokomotiven verzögert sich in der letzten Zeit dadurch erheblich, daß die Arbeitskräfte und die Anlagen der Eisenbahnwerkstätten jetzt vorwiegend verwendet werden müssen, um Lokomotiven und Wagen zur Abgabe an die Entente heranzubringen. Lokomotiven und die abschließende Arbeitszeit haben für die Lokomotivwerkstätten niemals auch nur die geringste Bedeutung in dem Sinne gehabt, wie es der Eisenbahnverwaltung unterstellt worden ist.

Die Arbeitslosigkeit in Leipzig. Beim Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig waren im Januar mit den aus dem Vorrat übernommenen 35 898 Arbeitslose vorhanden; 4744 offene Stellen wurden gemeldet und 4032 besetzt. Auf die männlichen Abteilung u und die angebotenen Facharbeitsstellen entfallen 24327 Arbeitslose, 2048 offene Stellen und 2343 Arbeitsvermittlungen. Der Hauptanteil an den besetzten Stellen fällt der unelernten Arbeit zu. In der Fachabteilung für das Bauhandwerk wurden 464 Stellen besetzt, davon waren aber 300 Ausschüßstellen. Durch die übrigen Fachabteilungen konnten 600 Arbeitslose in ihren Berufen untergebracht werden. Im Schneider- und Schuhmacherhandwerk wurde der Bedarf an Arbeitskräften nicht gedeckt. In allen anderen Gewerben herrscht große Arbeitslosigkeit. Den größten Vorrat an Arbeitslosen bilden die unelernten 8331 Arbeitslose. In den weiblichen Abteilungen fanden 11 561 Arbeitslose 2008 offene Stellen gegenüber und 1039 wurden vermittelt. Der Ausfall von fast 400 offenen Stellen für weibliche Personen, die unbesetzt blieben, betrifft hauptsächlich die Handweberei. Für Handweberei wurden 243 offene Stellen gemeldet und nur 103 besetzt, obwohl 402 geeignete, hauptsächlich aus den Arbeitslosen ausgewählte Personen vorhanden waren. Die aus der Handweberei in die Kriegindustrie abgewanderten Mädchen, die nun arbeitslos sind, beschäftigen sich so zwar, ihren Verfall wieder aufzunehmen. Auch viele Auswärtigen, die nur sundenweitige Beschäftigung bieten, blieben unbesetzt.

Die mehr ländlicher Truppen. Am 8. Februar haben Eydismen passiert: Regiment 104 und 8. Division Van-wey-Inf.-Regt. 107 sowie 150 deutsche Krieg-gefangene. Ziel Grimmsdorf.

Selbstverforgerration für landwirtschaftliche Arbeiter. Zur Förderung der Wanderung von Arbeitern auf das Land werden künftig alle in landwirtschaftlichen Selbstverforgerration beschäftigten Arbeiter den Selbstverforgerration gleichgestellt. Das Reichsberufungsamt hat an die Bezirksämter den Reichsstatistikern Anweisung

... in der Landwirtschaftlichen Betriebe Arbeit nehmen und nach den jetzigen Bestimmungen keinen Anspruch auf die Ration der Selbstverfoger haben, diese zu gewahren ist.

Im Verkehr mit der Rheinpfalz können Telegramme in amtlichen und geschäftlichen Angelegenheiten über Mannheim-Sudwigen wieder besprochen werden.

Schlachthof. Mittwoch, den 12. Februar, von 9 bis 10 Uhr, Nr. 17 000 bis 18 000, von 10 bis 12 Uhr Nr. 18 000 bis 20 000. Ausgabe von Knochenbrüheextrakt, Auslandswürst und Rucherfleisch. **Freibank I:** Nr. 9021 bis 9570, **Freibank II:** Nr. 7181 bis 7175 und 1 bis 825.

Lebensmittellisten für Mittwoch, den 11. Februar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Marmelade. **Beste Tag** — abzugeben 82 E und K der Lebensmittelkarte D 2 (ein halbes Pfund). **Fleisch:** abzugeben Fleischmarkenkreuzen Z 1—10 (200 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst); nur Fleisch, Z 1—8 (200 Gramm); nur Wurst, Z 9 und 10 (50 Gramm). **Ausgabe.** Wagnarine (Monatsbestellung): **Beste Tag** — bestellbar mit Landesfestkarte D (50 Gramm). **Wagnarine für Galt, Schankwirtschaften usw.:** Warenentnahme, **Kochplatz 9,** auf die eingetragten Beistarten R 13—16 für Nr. 001 bis 1 000 des Ausweises. **Best- und Zuckerarten für Bäckereien:** Kartennentnahme, **Stadthaus, Zimmer 682,** Bezugberechtigte R—Z. **Ausgabe der Zucker- und Lebensmittelkarten:** Nr. 1—400 der Haushaltungskarte.

Für Händler.

Kartoffeln: Bezugselemententnahme durch die Großhändler. **Gruppen:** Kartenauslieferung durch die Kleinhandlender einer Obmannschaft an ihren Obmann.

Sächsische Angelegenheiten.

Sächsische Verkehrsnot.

Der Krieg hat vermehren vermindert auf die sächsischen Verkehrsverhältnisse gewirkt, daß auch in absehbarer Zeit an seine Milderung kein Verhoffen besteht. Nach einem Bericht des Kommerzienrats Kuste in der letzten Sitzung der Sächsischen Handelskammer können wegen Mangels an Lokomotiven und Kohlen die Wünsche auf Verbesserung des Eisenbahnverkehrs nicht erfüllt werden. Auch an den ungeschützten Personenverkehr kann vorläufig nicht gedacht werden. Ein Wagenmangel besteht nicht. Im Jahre 1914 hat man in Sachsen über 1400 Lokomotiven verfügt, davon sind 248 in Reparatur gewesen. Dieser Bestand ist während des Krieges bis Ende des Jahres 1918 auf 1002 erhöht worden, aber eine große Anzahl hat an die Militärverwaltung abgegeben werden müssen. Den Waffenstillstandsbedingungen gemäß sind dann weiter 112 Lokomotiven abgeliefert worden. Von dem übrigbleibenden Bestand waren noch 980 brauchbar, aber durch mangelhafte Behandlung und Ermüdungsmaterialien minder leistungsfähig geworden. Die Verkehrseinschränkung hat großen Einfluß auf die Staatsfinanzen. Im Jahre 1917 haben außerdem die Ausgaben für Feuerungsanlagen und Kohnerhebungen 60 Mill. Mark mehr als sonst ausgemacht, 1918 werden sie noch wesentlich höher sein. Die Zatzzuschläge in Höhe von 60 Prozent im Güter- und Fernverkehr seien deshalb nötig gewesen. Auch im Personenverkehr beantragt man vom 1. April an eine Erhöhung von 100 Prozent für die erste, 40 Prozent für die zweite, 30 Prozent für die dritte und 25 Prozent für die vierte Wagenklasse. Die durch die Erhöhung erzielten Mehreinnahmen werden auf 60 Mill. Mark geschätzt.

Die Leipziger Thesen für die Trennung von Schule und Kirche. Aus Beirerkreisen wird geschrieben:

Daß auch größtenteils Lehrer noch nicht in der Mehrheit für die weltliche Schule zu haben sind, zeigt die Entscheidung des Chemnitzer Lehrervereins. Darnach gehört die Religion als weltliches Kulturgut in den Bildungsplan der Volksschule und der Religionsunterricht soll nach den sächsischen Thesen erteilt werden. Nun stellen diese, wie bekannt, nur einen Kompromiß dar und sind veraltet. Die Leipziger Thesen allein werden in Sachsen der neuen Zeit gerecht. Die Emanzipation der Volksschule von der Kirche muß endgültig durchgeführt werden. Es ist ein dummer, banger und abgeschmackter Wahn, daß man nur religiös wirken könne durch den Religionsunterricht, sagte schon Tellerowen und wurde wegen scharfer Opposition entlassen. Auch der wegen seines Idealismus gemahregte Bremer Lehrer Holmeier betonte 1910 in Leipziger sozialistischen Versammlungen: „Solange der Religionsunterricht in der Schule bleibt, wird auch die Kirche die Zukunft ausüben.“ Wo aber bleibt der einheitliche revolutionäre Wille der Lehrerschaft, wenn der Chemnitzer pädagogische Verein im Anschluß an vier öffentliche Versammlungen folgendes reformfeindliche Flugblatt verteilte läßt:

„Väter und Mütter, beruhigt euch... Die Lehrer sind keine Feinde der Kirche... Die Lehrer halten fest am christlichen Religionsunterricht der Schule... Eure Kinder sollen nicht als Heiden aufwachsen. Eure Kinder sollen auch weiterhin das Vaterunser und die 10 Gebote lernen...“

Dieser Plausmacherei und Reaktion gegenüber muß energisch auf den Standpunkt der Leipziger Lehrer und die Leipziger Thesen hingewiesen werden.

Erziehungsplätze zu landwirtschaftlichen Zwecken.

Wolffs sächsischer Landesdienst erzählt aus dem Ministerium für Militärwesen, daß umfangreiche Vorkehrungen getroffen sind, um nicht nur die großen Flugplätze, sondern auch erhebliche Teile der Erziehungs- und Ausbildungsplätze für landwirtschaftliche Zwecke zu verwenden.

Bezeichnend ist, daß ein Teil der reaktionären Presse, die noch vor kurzem — vor den Wahlen — mit der Parole: „Frieden, Brot, Arbeit“ für die bürgerlichen Parteien Stimmung machte, ob dieser an sich vernünftigen Maßregel völlig abwesend ist. Der Wortführer der sächsischen Reaktion für den Militarismus und wirft die Frage auf: „Ist die sächsische Regierung befaßt, darüber zu entscheiden, ob die Interessen der Landesverteidigung solche Maßnahmen gestatten? Die Not des hungernden Volkes scheint ihm also weniger Kopfzerbrechen zu machen, als die Sorge um den Militarismus.“

Schwerkriegsbeschädigten-Fürsorgestellen.

Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit der Interessengemeinschaft der sächsischen Kriegsbeschädigten-Organisationen Maßnahmen für die Unterbringung Schwerkriegsbeschädigter in geeigneten Stellen aufgestellt. Danach wird im Ministerium eine Hilfsarbeiterstelle eingerichtet, die für ganz Sachsen die Errichtung von Bezirks-Fürsorgestellen für die Schwerkriegsbeschädigten in einer unter Mitwirkung von Gewerbeaufsichtsbeamten in die Wege zu leiten und zu überwachen hat. Für jede Amtshauptmannschaft soll ein Licht eine derartige Fürsorgestelle einberufen werden. Den Gewerbeaufsichtsbeamten sollen staatlich angestellte Fürsorgebeamte beigegeben werden, die selbst Kriegsbeschädigte sind und bei der Unterbringung der Schwerkriegsbeschädigten mithelfen sollen. Die Auswahl der Fürsorge soll den Kriegsbeschädigten-Organisationen überlassen bleiben. Auf diese Weise hofft man, die wirtschaftliche Existenz der Kriegsbeschädigten, deren Zahl in Deutschland 6 Millionen beträgt, einigermaßen sichern zu können. Am 1. Februar ist die Verwirklichung des Hamburger Bundes der Kriegsbeschädigten mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer erfolgt.

Goldau. Für Freitag hatten die Sozialdemokraten wegen der bevorstehenden Stadtratswahl Versammlungen einberufen. Die Regierungssocialisten sammelten ihre Anhänger in der Neuen Welt, die Unabhängigen im Alten Schützenhaus. Anwesend hatten die Mehrheitspartei mit recht großer Zuneigung gerechnet und zu diesem Zweck den größten Saal im Arbeiterviertel Widwig mit Beschlag belegt. Sie mögen sehr enttäuscht gewesen sein. Der Saal schloß vor Vere. Es hatten sich nur circa 80 Personen eingefunden, denen der Redner seine Begehrten aufreden konnte. Ganz anders hatte die Stimmstimmung den Ruf der U. S. V. befolgt, deren Ausrufe vom Zwisdauer Volksblatt nicht einmal aufgenommen worden waren. Schon vor Beginn der Versammlung war kein Stuhl mehr zu haben und die später Kommenden mußten stehend den Ausführungen des Genossen Fiedler, Crimmitschau, lauschen, der in rein sachlicher Weise die Vorwürfe der U. S. V. für das Stadtparlament darlegte. Daß die Versammlung mit dem Redner eines Sinnes war, ging aus den wiederholten Zustimmungsgedungen und aus dem Weisfall hervor, der ihm am Schluß seiner Rede gezollt wurde. Die anschließende Diskussion war recht lebhaft und brachte zum Ausdruck, daß auch die Zwisdauer Arbeiter-schaft anfängt, von den Regierungssocialisten weit abzurücken und mit der Haltung des sächsischen Volksblattes, das sich von den bürgerlichen Wählern nicht unterscheidet, nicht mehr einverstanden ist. Die U. S. V. Zwisdau kann mit ihrem Anfangserfolg zufrieden sein.

Leipzig. Bei der Stadtratswahl erhielten unabhängige Socialisten 718 Stimmen, Mehrheitsocialisten 1554 Stimmen, Bürgerliche 1415 Stimmen. Gemacht sind: 8 Unabh. hängige Socialisten, 8 Mehrheitsocialisten und 2 Bürgerliche. Die Entwicklung der Ortgruppe der U. S. V. macht erfreuliche Fortschritte. Geändert wurde dieselbe Ende Dezember 1918 und zählt gegenwärtig 150 Mitglieder. Hervorzuheben ist, daß die Stimmzahl der Bürgerlichen sowie der Mehrheitsocialisten bei der Wahl zu Fall gekommen ist. Bei den Mehrheitsocialisten beträgt der Verlust der Stimmen von der Ration Wahl zur sächsischen Volkskammer 400 und wiederum zur Stadtratswahl 200 Stimmen, dagegen ist die Stimmzahl bei der U. S. V. trotz der verminderten Wählerzahl von der Volkskammer zur Stadtratswahl um 21 Stimmen gestiegen.

ak Plauen i. Ostl., 10. Februar. Die Einheitschule wird in Plauen von 1. April an eingeführt, indem die neuauftretenden Kinder gemeinsamen Klassen zugeführt werden.

Radeberg. Am 31. Januar wurde hier eine Gruppe der U. S. V. gegründet. Es trafen sich sofort 56 Genossen und Genossinnen auf und wurden 20 neue Vollzeitlehrer gewonnen. In der Debatte kam es zu heftigen Aussprüchen gegen die Reichs-socialisten und gegen die Dresdner Volkszeitung. Man war sich darüber einig, daß es nicht so weiter gehen konnte und wer noch einen Funken von Socialismus in sich hat, der muß unbedingt dem sogenannten Regierungssocialismus den Rücken kehren und sich der U. S. V. anschließen. Auch die Dresdner Volkszeitung gehöre nicht mehr in den Arbeiterhaushalt. Ferner gab ein Soldat über die Verhältnisse im Dresdner Soldatenrat Auskunft und sagte, daß der Soldatenrat immer mehr zur Einsicht kommt, daß er von den Regierungssocialisten verraten wird. Ein Arbeiter aus Kiel sprach über die dortigen Verhältnisse und schilderte das verdräufliche Verhalten des Komitee, das sich schon nach zwei Tagen, als er Gouverneur geworden war, als ein ganz anderer entpuppte und es mit den Offizieren hielt und die Ertragskassen der Arbeiter mit Füßen trat. Die bei Gründung aufgenommenen Genossen und Genossinnen sind die besten und tüchtigsten Köpfe, die hier in Radeberg bisher den Regierungssocialisten angehörten, es aber nicht mehr länger über sich erheben lassen konnten. Sie sind Führer der Regierungssocialisten verraten zu lassen. Es sind Genossen darunter, die 20 Jahre der Partei angehören und nun ihre Kraft unserer Sache opfern werden, weil auch sie sich zu der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß nur die U. S. V. die Grundzüge der wahren Socialdemokratie vertritt und auf dem Boden des Erstarren Vorwärts sieht. Wie bester der „Virt. Volksztg.“ und der „Leipziger Volksztg.“ aufzufordern, am Donnerstag, dem 18. Februar, im Sächsischen Arbeiter zu erscheinen, damit die Zahl der Helfer und die Adresse festgesetzt werden kann, da in der Ritzke eine eigene Zeitung in Dresden erscheint und die Zeitung dann hier ausgetragen werden soll.

Das amtliche Ergebnis der Volkskammerwahlen.

Nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Ergebnis der sächsischen Volkskammerwahlen erhielten Stimmen:

Am Wahlkreis Ost (Dresden): Deutschnationale 110 283 (gegen 120 288 bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung), Deutsche Volkspartei 84 615 (97 157), Christliche Volkspartei 16 000 (16 477), Demokratische Partei 150 109 (167 888), Sozialdemokratische Partei 381 772 (405 189), Unabhängige 57 990 (48 978).

Am Wahlkreis Nordwestsachsen (Leipzig): Deutschnational 78 884 (72 055), Christliche Volkspartei 2 536 (8 199), Demokratische Partei 180 530 (177 470), Sozialdemokratische Partei 97 245 (128 094), Unabhängige 219 002 (238 658).

Am Wahlkreis Südwestsachsen (Chemnitz): Deutschnational 112 933 (117 074), Christliche Volkspartei 2 833 (8 327), Sozialdemokratische Partei 416 487 (518 955), Unabhängige 78 720 (68 083).

In allen drei Wahlkreisen erhielten demnach die Deutschnationalen 300 080 (309 412), die Deutsche Volkspartei 84 650 (97 157), Christliche Volkspartei 21 619 (23 803), Deutsche demokratische Partei 491 884 (534 220), Mehrheitsocialisten 895 504 (1 112 118), Unabhängige 855 502 (841 902), zusammen 2 158 704 (2 418 112) Stimmen. Bei den Volkskammerwahlen wurden 279 408 Stimmen weniger abgegeben als bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung.

Gewerkschaftsbewegung.

Metallarbeiter.

Die am 6. Februar stattgehabte außerordentliche Mitgliederversammlung der sächsischen Metallarbeitervereine schloß sich zunächst mit der Wahl zweier Beamten zum paritätischen Arbeitsnachweis für die Metallindustrie. Kollege Schneiderheine gab den Bericht der Antragskommission. Es sollen zwei Beamte zur Anstellung kommen, die eventuell auch für anderweitige Funktionen in Frage kommen könnten. Der Arbeitsnachweis müßte dann durch Kollegen, die jetzt noch im Bureau beschäftigt sind, besetzt werden. Nach einer längeren Aussprache wurden die Kollegen Kunze und Lorius gewählt. Darauf gab Schneiderheine den Bericht der Kommission über die Regelung der Gehaltsfrage. Ueber diesen Punkt ent dann sich gleichfalls eine längere Diskussion. Nach dem Vorschlag der Kommission sollte für die Bureaubeamten 2800 Mark, für die Arbeitsnachweis-Beamten 3000 Mark und für die Hauskassierer 2800 Mark gezahlt werden. Hierzu käme in allen Fällen eine Zeugnisausgabe in Höhe von 1500 Mark und für die Vorkassierstellen und beiden Kassierer eine Funktionszulage in Höhe von 600 Mark. Es wird aber beschlossen, für sämtliche Beamte ein Gehalt von 2800 Mark festzusetzen, zusätzlich der Zeugnisausgabe und der Funktionszulage für die dazu in Frage kommenden Kollegen. Kollege Schäfer ging dann in kurzen Ausführungen auf die Vorgänge bei der letzten Arbeitslosenemonstration ein. Ein sogenannter Zwölfer-Schub und sonstige unverantwortliche, zum Teil jüdische Elemente, die unserer Bewegung fernhalten, uden die Arbeitslosen zu zweifeln Put chen auszureizen. Schuld an den arbeiterfeindlichen Maßnahmen gegen die Arbeitslosen trägt in erster Linie die Reichsregierung. Einige Redner ermahnten die Ausführungen Schäfers in zustimmendem Sinne und ersuchten die arbeitslosen Kollegen, vor solchen Nachschreitungen auf der Hut zu sein. Die Stellungnahme zur Errichtung von Schlichtungsausschüssen wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Lohnbewegung der Versicherungsangestellten.

Anfolge der sich immer schwieriger gestaltenden Lebensverhältnisse haben sich jetzt, wie in anderen Städten, so auch in Leipzig die Versicherungsbeamten zusammengeschlossen, um ihre schon

sehr wenig günstige wirtschaftliche Lage aufzubessern. Zu diesem Zwecke sind, wie wir hören, vor kurzem die sämtlichen bei hiesigen Direktoren, Subdirektoren, Generalagenturen usw. beschäftigten männlichen und weiblichen Bureauangestellten in eine Gehaltsbewegung eingetreten.

Ein Kartell geistig schaffender Berufe

ist in Leipzig gegründet worden. Das Kartell erstrebt die wirtschaftliche und soziale Hebung der geistig schaffenden Arbeit auf einer weltlich-ethischen Grundlage, soweit sich diese mit der Eigenständigkeit geistigen Schaffens vereinigen läßt. Es fordert die Selbstverwaltung unseres kulturellen Besitzes unter nachdrücklichem Schutz seitens der Regierung und will die Neuorganisation der Geistesarbeit und ihre starke Berücksichtigung im künftigen Staatsgebilde vorbereiten helfen. Bisher haben sich zu diesem Kartell folgende Berufsvereine (bez. deren Leipziger Ortsgruppen) angeschlossen: Bund Deutscher Architekten — Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger — Künstlerbund — Kunstgewerbe-Verein — Leipziger Künstler-Verein — Vole Vereinigung der Leipziger Illustrierten Presse — Pensionarverein Deutscher Journalisten und Schriftsteller — Schreiberbund Deutscher Schriftsteller — Vereinigung Leipziger Verlagsredakteure — Verein Leipziger Architekten — Verein Leipziger Presse — Wirtschaftlicher Verband bildender Künstler Leipzig. — Technische Berufsorganisationen, die sich angeschlossen wünschen, wollen sich an die vorzügliche Geschäftsstelle: Neubauer Str. 17, wenden.

Zur Sozialisierung der Bergwerke.

Der Bezirks-Bergarbeiter-Rat beim Oberbergamt Halle teilt den Angehörigen sächsischer Bergwerke im Mitteldeutschen Bergrevier mit: Am Mittwoch, dem 6. Februar, beschloß sich in Halle eine Versammlung von Vertrauensmännern des Bundes der technisch-industriellen Beamten und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mit der Frage der Angestellten zu den Betriebswahlen auf den Bergwerken des Mitteldeutschen Bergreviers. Da zu diesen Wahlen im Ruhrrevier schon Stellung genommen worden ist, stellten sich die Vertrauensleute auf den gleichen Standpunkt. Sie beschlossen, den Wahlen keine Hindernisse in den Weg zu legen und sich nur im Falle der Ablehnung von Angestellten den Wahlen zu widersetzen. Die Vertrauensmänner empfehlen vielmehr den Mitarbeitern, vertrauenswürdig Kameraden dem Arbeitsausschuß für den Betriebsrat vorzuschlagen.

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

wird von der Generalkommission, einem Beschluß der Vorstandskonferenz vom 2. Februar entsprechend, am Montag, den 30. Juni 1919, nach Nürnberg einberufen. Auf der Tagtordnung stehen außer der Erhebung geschäftlicher Angelegenheiten und dem Bericht der Generalkommission noch folgende Tagesordnungspunkte: Beratung vorliegender Anträge; die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands; Beratung des Organisationsstatus des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands; die Sozialisierung der Industrie und der Landwirtschaft. — Die Vertretung auf dem Kongress regelt sich nach den vom Münchener Gewerkschaftskongress beschlossenen Bestimmungen. Anträge, die mindestens von einer Ortsorganisation oder dem Zentralvorstand einer angeschlossenen Gewerkschaft unterstützt werden, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzusenden.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Paris, 7. Februar. (W. Z. B.) Auf der Gewerkschaftskonferenz erklärte

Laurent: Der Waffenstillstand ist zwar abgeschlossen, aber die Arbeit ist noch nicht wieder aufgenommen. Unsere Schiffe können nicht ausfahren. Die Frage der Handelschiffe ist von eminenter Bedeutung. 35 000 Seeleute sind arbeitslos. Unsere Flotte wird ausverkauft. Ihre Befreiung kann durch die Alliierten erleichtert werden. Ich werde nicht auf die politische Seite dieser Frage ein, sondern auf die arbeitswirtschaftliche. — In englischen Arbeiterkreisen glaubt man, daß Deutschland bereits wieder Waren ausführen kann. Dies ist nicht der Fall, nach dem Waffenstillstand ist dies unmöglich geworden. Ich will keine Erklärung der Konferenz in dieser Frage fordern, sondern nur eine solche der englischen und französischen Delegationen.

Der Vorsitzende Schneiderger schlägt vor, den Delegationen für ihre Kennerung eine Frist zu geben. Beide Delegationen lassen erklären, daß sie eine Erklärung abgeben werden, ohne den Zeitpunkt dafür zu bestimmen.

Grünwald (Wien) erstattet Johann Bericht über die Kommissionsverhandlungen betreffend die

Wiederherstellung und Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

und empfiehlt die Annahme folgender Resolution? „Daß schon vor dem Krieg der Bestand einer starken und geistigen internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder, so ist deren unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft noch mehr gegeben. Die Wiederherstellung der zerstörten Volkswirtschaft und die Sicherung der materiellen und geistigen Interessen der arbeitenden Klassen werden stärker Gewerkschaften in jedem Lande bedürfen. Diese werden um so kräftiger sein, je mehr sie Macht und Anerkennung in der Öffentlichkeit bei den Gewerkschaften aller Länder finden. Von dieser Erwägung ausgehend spricht sich die internationale Gewerkschaftskonferenz für die rasche definitive Wiederherstellung der arbeitswirtschaftlichen Internationalen aus. Sie fordert in Konsequenz dieser Anschauung die in Amsterdam bestehende Zweite des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit der dem Bunde angehörenden Bundeszentrale und der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften in den Weststaaten in Paris so rasch als es die Umstände gestatten, spätestens jedoch bis zum 1. März dieses Jahres, eine neue internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen, deren Aufgabe es sein soll, die Vollständigkeit und Geschlossenheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen.“

Nach kurzer Aussprache über diese Resolution wurde sie mit 23 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

Paris, 7. Februar. (W. Z. B.) Groppiero (Schweiz, Gewerkschaftssekretär, verlangte nachdrücklich einen auf internationalen Fuß beruhenden Arbeiter-Schub. Die Schweizer Industrie sei von dem benachteiligt; Ausland abhängig. Werde der Alliierten nicht als Norm aufgestellt, so könne er auch in der Schweiz nicht eingeführt werden.

Am Anschließ an diese Erörterung wurde eine von der französischen Delegation eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: Die internationale Gewerkschaftskonferenz, deren Delegierte Millionen vertreten, begrüßt die neuen Demokratien, die für die Befreiung der Arbeiterklasse innerlich und äußerlich dauerhaften Frieden neue Möglichkeiten eröffnen.

Die deutsche (Deutschland) betonte in der weiteren Erörterung als Vertreter der deutschen Textilindustrie, daß der Verschärfung des Arbeitslosen-Interesses größere Bedeutung beigemessen werden müsse, als bisher. — Frankreich (Kanada) wies auf die Arbeitsverhältnisse in Kanada, wo man grundsätzlich für die Einwanderung sei, wo aber doch aus bestimmten Gründen heute eine Einschränkung nötig sei. Das Kinderlohn und Arbeitszeit betrafte, so sei darauf aufmerksam zu machen, daß die Altersgrenze in Kanada 14 Jahre betrage, und daß an fünf Tagen in der Woche in der Industrie nur 4 Stunden gearbeitet werde. Er beantragte daher, daß die Konferenz den Beschäftigtenarbeitern und die fünfjährige Arbeitswoche fordere.

Eine internationalisierte Genossenschaftskonferenz.

Paris, 8. Februar. (Dapod.) Die internationalisierte Genossenschaftskonferenz wurde heute vormittag eröffnet. Der belgische Vertreter war der Ansicht, daß man sich vor der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Genossenschaften der Zentralmächte Rechenschaft geben müsse, ob diese das auf dem Glasener Kongress 1918 angenommene Friedensprogramm geachtet hätten.

